

Bezugspreis:

Vom 7.-12. Oktober 42 Millionen M. vorwärts zahlbar. Unter anderem vom 7.-12. Oktober für Deutschland, Danzig, Saar- und Rheingebiet sowie Österreich u. Ungarn 60 Millionen für das übrige Ausland 92 Millionen. Postbezugpreis freibleibend.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Woll und Zeit“, der Unterhaltungsbeilage „Drumweil“ und der Beilage „Siedlung und Kleingarten“ erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295. Verlag: Dönhofs 2506-2507

Sonnabend, den 13. Oktober 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3. Postkontokonto: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direktion der Diskonto-Gesellschaft, Depositenkassa Lindenstraße 3

Anzeigen-Grundpreise:

Die einseitige Reklameweile 400 Mark. Reklameweile 1000 Mark. Kleine Anzeigen das festgedruckte Wort 120 M. (zählige zwei festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 60 M. Spaltenlänge das erste Wort 60 M. jedes weitere Wort 30 M. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten Seite 40 M. Alle Grundpreise mal Schlüsselzahl zurzeit 600 000.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Entscheidungsstunden im Reichstag. Gegen die deutschnationalen Reichszerstörer.

Berlin, 12. Oktober. (WIB.) Aus einer in einigen Blättern erschienenen Notiz könnte geschlossen werden, daß sich der Standpunkt der Reichsregierung in bezug auf die Forderungen, die aus einer Ablehnung des Ermächtigungsgesetzes in der morgigen Reichstagsitzung zu ziehen seien, geändert habe. Demgegenüber sei festgestellt, daß die Auffassung der Reichsregierung in dieser Hinsicht unabänderlich ist, und daß der Reichspräsident dem Reichsanzer für den Fall der Nichtverabschiedung des Ermächtigungsgesetzes in der Sonnabendsitzung des Reichstags die Vollmacht zur Auflösung des Reichstags gegeben hat.

Die Abstimmung, die heute zwischen 1 und 2 Uhr im Reichstag vorgenommen wird, ist die entscheidendste, die jemals in einem Parlament stattgefunden hat. Von ihrem Ergebnis hängt es ab, ob sich Deutschland noch als demokratisches Staatswesen eine Existenz- und Aufstiegsmöglichkeit erhalten kann, oder ob ein Weg beschritten wird, der ins Dunkle führt. Gewiß würden die Verfechter der demokratischen Republik auch nach der Ablehnung des Ermächtigungsgesetzes und nach der Auflösung des Reichstags an ihren alten Zielen festhalten, und ebenso gewiß würden die folgenden Ereignisse der ungeheuren Mehrheit des deutschen Volkes die Erkenntnis einhämmern, daß Deutschland nicht anders aufstehen kann, als in den Formen der demokratischen Einheitsrepublik. Aber der Unweg würde verhängnisvoll, das Lehergeld entsetzlich teuer sein.

Nach der Auflösung wären die Neuwahlen binnen 60 Tagen vorzunehmen. Aber ob sie vorgenommen werden können, ist zweifelhaft. Die einheitliche Volksvertretung ist das stärkste Bindeglied der Nation; fehlt sie, so muß alles auseinanderfallen. Bismarck hat auf seine politischen Gegner das Wort „Reichsfeinde“ geprägt. Wie falsch es war, zeigt das Verhalten der Sozialdemokratie, die heute das stärkste Element der Reichseinheit ist. Die Sozialdemokratie kämpft heute für die Erhaltung des Reichs gegen die deutschnationalen, die sich als die eigentlichen Reichsfeinde entpuppen haben.

Die Deutschnationalen haben in den letzten Wochen zwei Krisen erlitten: die erste, indem sie im Bunde mit der Schwerindustrie das Reichskabinett durch intrigante Machenschaften zu sprengen versuchten, die zweite, indem sie vorstandekommen des Ermächtigungsgesetzes zu vereiteln. Bei diesem Versuch, das Chaos herbeizuführen, haben sich die Deutschnationalen planmäßig der Hilfe der Kommunisten bedient. Eine deutschnationale Zeitschrift an den „Vokal-Anzeiger“ versucht, unsere Darstellung von dem deutschnational-kommunistischen Zusammenarbeiten zu widerlegen, bestätigt sie aber, indem sie folgendes als wahr zugibt:

Während der Sitzung kam Höllein „quer durch den Saal“ zu den Herren Hergt und Schulz-Bromberg hinüber, die miteinander sprachen, und redete sie wie folgt an: „Beeziehung, meine Herren, Sie haben doch schon Fraktionsbildung gehabt; würden Sie mir Auskunft darüber geben, ob Ihre Herren den Saal verlassen werden?“, worauf Hergt mit „Ja“ antwortete und die „Beeziehung“ zu Ende war. Man wird zugeben müssen, daß dieser Tatbestand etwas weniger sensationell ist als die Märchen, die der „Vorwärts“ darüber dichtet.

Daß unsere etwas weitergehenden Mitteilungen keine „Märchen“ sind, können zahlreiche Augenzeugen bestätigen. Die Herren waren ja so im Eifer des Gefechts, daß sie jegliche Bedung vergaßen. Zugegeben wird aber, daß die Deutschnationalen den Kommunisten das Ergebnis ihrer Fraktionsbildung mitteilten, während sie es allen anderen Parteien gegenüber verschwiegen. Noch im Augenblick, in dem Schulz-Bromberg seine Erklärung begann, wußte niemand außer den Beschworenen, wie sich die Deutschnationalen verhalten würden, so unglücklich wurde das gemeinsame Kriegsgeheimnis gehütet.

Anzwischen ist freilich mancherlei durchgesickert, was die Deutschnationalen gern der Öffentlichkeit auch noch länger vorenthalten hätten. Der Beschluß, gemeinsam mit den Kommunisten den Saal zu verlassen, ist nach schweren Kämpfen mit knapper Mehrheit gefaßt worden. Solche Kämpfe werden in der deutschnationalen Fraktion schon seit längerer Zeit geführt, mit dem Erfolg, daß der völkische Flügel — bei einer wichtigen Entscheidung mit einer einzigen Stimme — die Oberhand behält. In einer Zeitschrift, die der volksparteilichen „Zeit“ aus deutschnationalen Kreisen zugeht, werden Heiffe-

rich, Köstke, Graf Kanitz und andere als die in diesem Streit Unterlegenen bezeichnet. Ihre Erbitterung war so groß, daß sie an der vorgestrigen Reichstagsitzung überhaupt nicht teilnahmen.

Diese deutschnationale Zeitschrift an die volksparteiliche „Zeit“ ist auch sonst sehr interessant. Es wird darin unter anderem auch folgendes ausgeführt:

Glaubt etwa die Deutschnationale Partei, bei einem Regierungswechsel, der ihr die Macht in die Hand gibt, allein, ohne zum mindesten wohlwollende Neutralität der bürgerlichen Parteien regieren zu können? Die Aussichten auf wohlwollende Neutralität auch ihrer offenen oder heimlichen Freunde (!) aus den anderen Parteien hat sich die Deutschnationale Partei heute gründlich verscherzt. — Wie denkt sich die Deutschnationale Partei wohl eigentlich die Zukunft, wenn ihre Obstruktion von dem von ihr gewünschten Erfolg getrennt sein würde, nämlich Uebergang der politischen Macht in ihre Hand! — Hoffentlich denkt sie sich überhaupt etwas dabei! — Zu merken ist davon allerdings wenig. — Uns scheint es völlig ausgeschlossen, daß sich in diesem trostlosen Augenblick eine deutschnationale Regierung halten könnte. Wenn sie noch so diktatorisch regierte, könnte auch sie keine bald sichtbare Verbesserung der allgemeinen Lage erwirken, ganz abgesehen, wie das Zustand sich dazu stellen würde. Und wir leben so leider nicht allein auf der Welt.

Das sagt ein Deutschnationaler von der Deutschnationalen Partei! Und er fügt hinzu, diese Partei spiele mit dem Chaos; ihr fehle „die politische Reife, um in katastroph-

len Krisen eine vertrauenswürdige Führerin zu sein“; sie habe durch ihr Verhalten am Donnerstag sich „in den Augen der bürgerlichen Welt gerichtet“.

Die „Kreuzzeitung“ versucht jetzt, das Verhalten ihrer Freunde zu rechtfertigen, indem sie ausführt, das Ermächtigungsgesetz müsse bekämpft werden, weil es verjüchte, „den Parlamentarismus zu retten“ und „die Demokratie zu galvanisieren“. Damit vollzieht sie einen vollständigen Frontwechsel, denn die Deutschnationalen und ihre Koalitionsgenossen haben im Reichstag bisher so getan, als ob sie Parlamentarismus und Demokratie gegen das Ermächtigungsgesetz verteidigen müßten und wollten. Im einzelnen führt die „Kreuzzeitung“ darüber aus:

Ursprünglich sollten auf finanzwirtschaftlichem und sozialpolitischem Gebiete unbegrenzte Vollmachten erteilt werden. So wollte es Herr Dr. Stresemann. Die Sozialdemokratie ließ Herrn Dr. Stresemann darüber stolpern. Er fiel mit seinem ganzen Kabinett um, richtete sich aber mit Mühe wieder auf, wobei er auf sozialpolitischem Gebiet Verzicht leistete, um der Sozialdemokratie die Mitwirkung bei Rettung des Parlamentarismus, die wieder im Interesse aller Koalitionsparteien lag, möglich zu machen. Aber nicht das allein. Auch die unbegrenzten Vollmachten wandelten sich unter der Hand zu sehr begrenzten Vollmachten aus und schließlich kam ein Ding zustande, von dem der „Vorwärts“ mit Recht sagt, daß die Regierung zu weiter nichts als dem Vollzugsausschuß der Parlamentsmehrheit gemacht wird. Zweifellos ist es der Sozialdemokratie schmer-

Gegen die Unternehmerdiktatur.

Die Erregungsschichten, die sich die Arbeitnehmer bisher erkämpft haben, verdanken sie ihren Organisationen, die diese Rechte den Unternehmern in zähem Ringen Stück für Stück abgetrotzt haben. Bei allen Gesetzen und Verordnungen, die das Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer bei der Regelung ihrer Arbeitsbedingungen erweiterten und den Grund zu einer Demokratisierung der Wirtschaft legten, sind die Gewerkschaften und die Arbeiterparteien auf den erbitterten Widerstand der Unternehmer gestoßen. Alle Bestimmungen, die dem Schutz der Arbeitnehmer vor willkürlichen Entlassungen dienen, und die freie eigennützige Verfügung der Unternehmer über die Fabriken, die Arbeitsstätten der Werttätigen, einschränken, mußten gegen die autokratischen Geheiß der Industriekapitäne durchgesetzt werden.

Jetzt zeigen diese mächtigsten und einfluhrreichsten Unternehmer durch ihr Auftreten erneut, daß sie den Geist der neuen Zeit nicht erfaßt haben.

Sie wollen Herr im Hause sein, wie sie es vor dem Kriege waren. Sie wollen die Wirtschaft ausschließlich nach eigenem Ermessen führen, ohne dem Staat, der Volksgemeinschaft, Menschheit schuldig zu sein über ihr Tun und Lassen. Die menschliche Arbeitskraft soll keine andere Geltung haben dürfen wie die anderen Elemente der Produktionskosten. Sie ist für diesen Teil der Unternehmer nur ein Objekt der Kalkulation, wie ihre Werkzeuge und Maschinen, und sie haben kein Interesse an ihr, als daß sie billig und willig ist.

Die Arbeitskraft ist das einzige Kapital der Arbeitnehmer. Sie müssen deshalb darauf bestehen, durch ihre eigenen Organisationen, durch die Gewerkschaften, mitzubestimmen, für welche Zeit und um welchen Preis sie dieses Kapital in den Dienst der Wirtschaft stellen. Nur dann werden sie es mit ganzem Herzen tun, wenn

die Wirtschaft nicht ausschließlich zum Zwecke der Bereicherung und Machterweiterung besorgter Gruppen betrieben wird, sondern zum Nutzen und im Interesse der Volksgemeinschaft.

Ihnen liegt nichts daran, daß der einzelne profitiert. Sie wollen, daß das Volksganze gedeiht. Sie wollen, daß die Wirtschaft den Zwecken der Volksgemeinschaft untergeordnet wird. Die Arbeitskraft ist eines der höchsten Güter der Nation. Von ihrer Erhaltung und Vermehrung hängt die Zukunft des Volkes ab. Die Gewerkschaften können und werden deshalb nicht dulden, daß dieses Nationalgut willkürlicher Ausbeutung schutzlos preisgegeben wird.

Der katastrophale Währungsverfall, der nicht zum wenigsten durch die Schuld der führenden Wirtschaftskreise herbeigeführt worden ist, hat auch die Finanzkraft der Gewerkschaften geschwächt. Deshalb glauben diese Unternehmerkreise, daß sie nun mühelos den Widerstand der Gewerkschaften abtun können; sie geben sich der Täuschung hin, daß die Kraft des werttätigen Volkes gebrochen und die Stunde gekommen sei, sich über die verkürzten Rechte der Arbeitnehmer hinwegzusetzen.

Aber sie haben die Rechnung ohne die Arbeitnehmer gemacht. So stehen die Dinge in Deutschland nicht, daß eine Handvoll Grubenbarone sich erdreisten dürfte, den Bergarbeitern

willkürlich die Bedingungen zu diktieren, unter denen sie arbeiten sollen.

Die Bergarbeiter sind gewillt, Überstunden zu leisten, wenn das Lebensinteresse der Nation es erheischt. Sie haben bei mehr als einer Gelegenheit bewiesen, daß sie bereitwillig Opfer für das Wohl des Volkes bringen, mehr als jene Unternehmer, die jahraus, jahrein das Reich als den Feind ihrer Interessen behandelt haben.

Diese Schichten glauben, gestützt auf die rechtsabulanten Legionen und auf jene Kreise der Landwirtschaft, die ihre vollen Schauern dem hungernden Volk verschließen, den rücksichtslosen Klassenkampf gegen die Arbeitnehmer führen zu können. Sie spekulieren auf das wachsende Heer der Arbeitslosen; sie rechnen mit der politischen Zerrissenheit der Arbeitnehmerschaft.

Aber diese Pläne, zu deren Verwirklichung der bayerische Diktator und die Grubenbarone das Signal gegeben haben, werden und müssen zunichte werden.

In ihrer Verblendung haben die Vorkämpfer der wirtschaftlichen und politischen Reaktion selbst die Parole unter die Waffen geworfen, die sie zu einer festeren Einheit zusammenschmieden wird als je zuvor. Um das Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer in Staat und Wirtschaft gibt es kein Marten, kein Feilschen. Dieses Grundrecht der Arbeit, diese Anfangserregungsschichten ihrer Freiheit wird sich die Arbeitnehmerschaft nicht entziehen lassen.

Die Gewerkschaften sind bereit zu diesem Kampf. Sie wissen, daß sie die gesamte Arbeitnehmerschaft, ohne Unterschied der Partei, hinter sich haben. Alle in ihren Organisationen zusammengeschlossenen Arbeiter, Angestellten und Beamten werden zu Opfern und Entbehrungen bereit sein — trotz allen Glends, wenn dieser Kampf ihnen aufgezwungen wird. Und es wird sich zeigen, daß ihre kampferprobten Scharen weder den Glauben an ihre großen Ziele noch den Mut zur Tat verloren haben, wenn es gilt, das Krüherste abzuwehren: ihre Entrechtung durch die Unternehmer.

Die Feinde der Arbeiterbewegung seien gewarnt. Die Gewerkschaften werden nicht zögern, die ganze Macht der vereinigten Arbeitnehmerschaft aufzubieten, um

jeden Versuch zu vereiteln, auf dem Wege des politischen Umsturzes und der wirtschaftlichen Diktatur die alten Herrenrechte wieder in Kraft zu setzen,

die das deutsche Proletariat in unvergeßlichen Kämpfen ein für allemal befreit hat.

- Berlin, den 12. Oktober 1923. Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund. Leipzig. Allgemeiner Freier Angestelltenbund. Süß. Allgemeiner Deutscher Beamtenbund. Falkenberg.

gefallen, auch diesem wenigen ihre Zustimmung zu geben. Sie hat es getan, um ihrer Kabinettsmitglieder willen, von denen sie glaubt, daß ihr Einfluß groß genug ist, um eine Schädigung des Parteinteresses auch unter dem Ermächtigungsgesetz zu verhindern. Sie verspricht sich zweifellos im stillen sogar eine Förderung ihrer Parteinteressen, wenn nach ihrem Willen, den sie durchzusetzen hofft, verfahren wird. Die Mittel, diesen Willen durchzusetzen, hat sie nach wie vor in der Hand; denn diese Regierung mit ihren außerordentlichen Vollmachten ist — es klingt ungeheuerlich — gebunden an die Parteien, die sie gebildet haben. Das Ermächtigungsgesetz reicht nicht weiter als die große Koalition reicht, und der großen Koalition kann jede Partei, die ihr angehört, ein Ende machen, wenn es ihr beliebt. So, sie kann noch mehr; sie kann sogar die getroffenen Verfügungen durch einen Parlamentsbeschluß rückgängig machen lassen. So steht die Diktatur unter der Diktatur der Parlaments.

Die „Kreuzzeitung“ möchte es am liebsten so darstellen, als ob durch das Ermächtigungsgesetz die Alleinherrschaft der Sozialdemokratie begründet würde. Das ist natürlich Unsinn; die Sozialdemokratie verfügt im Reichstag nicht über die Mehrheit und kann infolgedessen auch keine Alleinherrschaft ausüben. Wichtig aber ist, daß sie auf die Geltendmachung ihres Einflusses nicht verzichtet und daß sie einer Ermächtigung, auf die sie keinen Einfluß hat, keine so weitreichenden Vollmachten erteilen würde. Aber würden das etwa die Deutschenationalen tun? Ihr ganzes Verhalten zeigt im Gegenteil, daß sie vor keinem Mittel zurückschrecken, um einer ihnen nicht genehmen Regierung das Regieren unmöglich zu machen, und daß es ihnen vollständig gleichgültig ist, wenn alles darüber zum Teufel geht.

Heute hoffen sie, auf den Trümmern des Reichs triumphieren zu können. Wir hoffen, daß ihnen diese Freude gründlich versalzen werde und daß kein Erfolg ihres schändlichen Treibens übrig bleiben wird als ihre gründliche Demaskierung. Denn Deutschland kann nicht gefunden, wenn es sich nicht von dieser Verbrechergesellschaft befreit.

Eine Abfuhr.

Die Reichsregierung gegen die Telegraphen-Union.

Nach der bewährten Methode, „Haltet den Dieb!“ zu schreien, ließ Herr Stinnes durch seine „Telegraphen-Union“ eine Erklärung gegen den Chefredakteur der „Vossischen Zeitung“, Georg Bernhard, los, in der nicht mehr und nicht weniger als die Verhaftung Bernhards wegen angeblichen Landesverrats (!) verlangt wurde. Daß die „V.Z.“ getreu den erhaltenen Anweisungen sich in persönlichen Berunglimpungen des ihnen unbequemen Mannes förmlich überschlägt, versteht sich bei der Folgsamkeit der „V.Z.“-Redaktion von selber. Die Entlastungserklärung der völksparteilichen Reichstagsfraktion hatte sich nur in Allgemeinheiten bewegt. Um so massiver wurde die von Herrn Stinnes kommandierte Presse. Dieselben Leute, die mit den Franzosen über innerdeutsche Probleme aus eigenen Geschäftszwecken heraus zu verhandeln suchten, zeternten über Landesverrat, wenn andere diese Manöver ans Licht brachten. Trotzdem mehrere Male und auch im „Vorwärts“ darauf hingewiesen war, daß das Vorgehen des Herrn Stinnes in seinen eigenen Kreisen die heftigste Empörung hervorgerufen hat — in dem Zusammenhang wurde auch der Rücktritt des Stinneschen Generaldirektors Minnow erörtert —, verfuhr die „Telegraphen-Union“ aus sehr durchsichtigen Gründen zum Zwecke der Ablenkung sich dauernd an der Reichskanzlei zu reiben und damit indirekt der Regierung die Schuld an den für Herrn Stinnes so peinlichen Veröffentlichungen zuzuschreiben. Dem wird jetzt durch eine offizielle Erklärung der Reichskanzlei ein Riegel vorgeschoben. Die Reichskanzlei teilt nämlich mit:

„Die „Telegraphen-Union“ fährt mit ihren Veröffentlichungen zu der Angelegenheit des Schreibens des Herrn Stinnes fort und richtet dabei die Frage an die Reichskanzlei, welche Schritte diese zur Herbeiführung einer gerichtlichen Klage des Chefredakteurs der „Vossischen Zeitung“ und damit zur Klärung des Tatbestandes getan habe. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ betonte gestern im

Anschluß an die Wiedergabe der Mitteilung der Reichskanzlei ausdrücklich, daß die Vermutung der „Telegraphen-Union“, bei Veröffentlichung des Stinnes-Briefes liege eine Indiskretion der Reichskanzlei vor, nunmehr nicht weiter aufrechterhalten werden könne. Der neuerliche Vorstoß der Telegraphen-Union (Herr Stinnes, D. Red.) mit dem Versuch, die Verantwortlichkeit zu verschleppen und der Reichskanzlei die Beweislast für den Ursprung der sicherlich anscheinend schwersten und verurteilenden Indiskretion zuzuschreiben, stellt sich als eine Fortsetzung der von der Telegraphen-Union unternommenen Campagne gegen die Reichskanzlei dar, die aufschärfte zurückgewiesen werden muß. Es würde weder der Gepflogenheit noch der Würde der Reichsregierung entsprechen, in der Angelegenheit etwa noch weitere Erklärungen abzugeben.“

Daß die Reichsregierung die Veröffentlichung als Indiskretion verurteilt, mag vom Standpunkt der Reichsregierung verständlich sein. Die Bevölkerung wird darüber anders denken und es begrüßen, daß die politischen Manöver des Herrn Stinnes ins hellste Licht gerückt werden. Der Sinn der Erklärung der Reichsregierung liegt doch nur darin, daß durch diese Erklärung die Redensart von dem „absolut loyalen Zusammenarbeiten zwischen Stinnes und der Regierung“, die in der Stinnes ergebenen Presse bei der Beilichkeit der gegen ihn erhobenen Vorwürfe immer wieder angewandt wurde, richtiggestellt wird. Wie loyal Stinnes und seine engeren Freunde mit der Reichsregierung zusammenarbeiten, geht ja schon daraus hervor, daß Herr Stinnes ebenso wie Herr Dr. Böglner am Donnerstag im Reichstag durch „wichtige Geschäfte im Ruhrgebiet“ an der Anwesenheit verhindert waren und daß sie auch für heute ihre „Unabkömmlichkeit“ (!) haben mitteilen lassen. Was diese Unabkömmlichkeit in diesem Moment politisch bedeutet, braucht wohl nicht auseinanderzusetzen zu werden. Sie ist nicht anders zu bewerten als die offene Obstruktion der Deutschenationalen.

Die Industrie und Stinnes.

Loyalitätsklärung und Helferrich-Währung.

Das Präsidium und der Ausschuss des Reichsverbandes der deutschen Industrie traten gestern zu einer Tagung zusammen. Geheimrat Bücher erstattete einen Bericht, aus dem besonders hervorzuheben ist, daß der Reichsverband das Vorgehen der Herren Stinnes und Böglner als durchaus loyal anerkennt; es wurde dann noch mitgeteilt, daß die Herren ihre Mission nicht nochmals aufnehmen würden. Die meisten Vertreter aus dem Rheinland waren zu der Tagung nicht erschienen, da sie durch die Wiederaufarbeitung im Ruhr- und Rheingebiet festgehalten worden. Auch Stinnes und Böglner fehlten. Zur Währungsfrage sagte Bücher, der Reichsverband sehe als das Ideal die Wiederherstellung einer Goldwährung an. Da dies aber zurzeit nicht zu erreichen sei, stimme er für das Helferrichsche Projekt als Zwischenlösung, und es sei wohl zu erwarten, daß auf diesem Gebiet schon in den nächsten Tagen durch wichtige Entscheidungen eine gewisse Entspannung eintreten werde. Ueber die Frage der Preispolitik der Karlelle und Spandau sprach zum Schluß Rechtsanwalt Lammer. Die Verdienste des Kartellnehmens in den letzten Jahren seien keineswegs zu unterschätzen. Ueber diese Frage werden noch weitere Besprechungen stattfinden.

Verbilligung der Kohle.

Fortfall der Kohlensteuer.

Nachdem das Reichskabinett im Interesse der allgemeinen Wirtschaftslage und im Rahmen der gegen den Währungsverfall sonst geplanten Maßnahmen die Verbilligung der Kohlensteuer beschlossen hatte, befaßten sich die Organe der Kohlenwirtschaft heute erneut mit der Kohlenpreisfrage. Um die in diesem Kabinettsbeschluss liegende Tendenz zu unterstützen, wurde heute beschlossen, die Kohlenpreise nicht nur um den Betrag der Kohlensteuer zu kürzen, sondern darüber hinaus eine Ermäßigung der Restkohlenpreise um 10—15 Proz. vorzunehmen. Die jetzt geltenden Verkaufspreise der Gruben in Goldmark werden durch diesen Beschluss in Verbindung mit dem Fortfall der Kohlensteuer mit Wirkung am 15. d. M. für die wichtigsten Kohlevorte von 38,46 bis 35 Proz. herabgesetzt, z. B. für Ruhrkohle von bisher 29,36 auf 24,92, für ober-schlesische Städtkohle von bisher 29,36 auf

19, für rheinische Braunkohlenkohle von 24,55 auf 15,15, für Sachsen von 35,30 auf 25,40 Goldmark je Tonne. Bei diesen Beschlüssen ging man von der Erwartung aus, daß jetzt unverzüglich wertbeständige Zahlungsmittel geschaffen werden und daß die Regierung ihren preissteigernden Einfluß auf alle übrigen Wirtschaftsgebiete ausüben, damit die Besteuerung der Kohlensteuer vom Reichsfiskus sowie die in den obigen Beschlüssen vom Bergbau gebrachten Opfer nicht wirkungslos bleiben.

Markenbrot bis Ende Oktober.

Die Regierungsparteien des Reichstages haben die Regierung aufgefordert, die Markenbrotversorgung zunächst bis Ende Oktober fortzuführen.

Die Kartoffelnot.

Eine Mitteilung, wonach die Städte bereits dazu übergehen, in ihrer Not den Landwirten Stickstoffdünger für Belieferung mit Kartoffeln anzubieten, kennzeichnet die katastrophale Lage, in die die Volksernährung durch den Währungsverfall geraten ist. Mehr denn je muß bei dem verhältnismäßig guten Ausfall der diesjährigen Ernte betont werden, daß die Versorgung der städtischen Bevölkerung mit Lebensmitteln mit der Währungsreform unendlich verbunden ist. Polizeiliche Maßnahmen können unter gar keinen Umständen als ausreichend bezeichnet werden. Um so unverantwortlicher ist die Obstruktion, die die Deutschenationalen im Reichstage gegen das sachlich auch von ihnen als notwendig anerkannte Ermächtigungsgesetz betreiben. Das Scheitern des Ermächtigungsgesetzes würde unzweifelhaft auch die Durchführung einer neuen Währung verhindern und damit die Versorgung der städtischen Bevölkerung beinahe unmöglich machen. Von dem Ausgang der heutigen Abstimmung im Reichstage wird deswegen auch die Lösung dieser so außerordentlich wichtigen innerdeutschen Frage wesentlich abhängen.

Keine Goldmarkpreise für den Kleinhandel.

Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, ist die Nachricht des „Aktuär-Abendblattes“, wonach im Laufe des morgigen Tages eine Verordnung herauskommen würde, die auch dem Kleinhandel die Berechnung in Goldmark zubilligen würde, unrichtig.

Hausdurchsuchung beim „Sportklub Olympia“.

Der Vorsitzende und mehrere Gruppenführer verhaftet.

Beamte der Abteilung IA des Berliner Polizeipräsidiums haben am frühen Morgen des gestrigen Freitags in den Klubräumen des „Deutschen Vereins für Leibesübungen Olympia“ in der Artilleriestr. 7 und in den Privatwohnungen mehrerer leitenden Mitglieder des Vereins Hausdurchsuchungen vorgenommen. Der Vorsitzende und mehrere Gruppenführer des Sportklubs wurden verhaftet und nach dem Polizeipräsidium gebracht. Im ganzen sollen bei dieser Aktion, die noch nicht abgeschlossen ist, bisher fünf Personen festgenommen worden sein. Das Vorgehen der politischen Polizei dürfte mit den letzten Ereignissen in Kärnten und an anderen Stellen der Berliner Umgebung in Verbindung zu bringen sein.

Wie die B.S.-Korrespondenz dazu erfährt, legt sich der „Sportklub Olympia“ aus den Mitgliedern des nach dem Kapp-Putsch aufgelösten Regiments Groß-Berlin v. Heeringen zusammen, dessen Kompanien von ehemaligen Offizieren der alten Armee gebildet wurden und das bei den Übungen im Frühjahr 1919 zusammen mit dem Regiment Reinhardt und anderen Truppenteilen sehr wesentlich an der Unterdrückung des Aufstandes beteiligt war. Später wurde das Regiment dann aufgelöst, weil ein Teil der Führer an dem Unternehmen von Kapp und Lüttich aktiv teilgenommen hatten. Das Regiment Groß-Berlin ist auch durch die blutigen Ereignisse am alten Schöneberger Rathaus in den Kapp-Tagen bekannt geworden. Der „Sportklub Olympia“ bewohnt in dem Hause Artilleriestr. 7 die ganze erste Etage, die als Klub ausgelastet war. Die Leitung des Vereins liegt in den Händen eines Herrn v. Luedt. Die Mitglieder des Klubs pflegten sich wöchentlich drei- bis viermal zu versammeln und man war nach den Sitzungen gewöhnlich bis in die Nachtstunden sehr angeregt (!) beisammen.

Stille Tragödien.

Von Wilhelm Berger.

Die bürgerliche Welt, die selbst den Untergang der abendländischen Kultur vorausgesetzt hat, hat keine Mittel für die Erhaltung dieser Kultur übrig. Während tagtäglich Milliarden und Billionen für Autofahren und Sektgeloge verpufft werden, hat man keinen Pfennig für die notleidende Geisteswelt übrig. Und während täglich Bände Versen und Prosaen gedruckt werden, stirbt ein Volksteil, zweifellos einer der wichtigsten, elendiglich dahin.

Nicht jedem ist es gegeben, in die Lage der geistigen Arbeiter Einsicht zu tun und ihren Kampf um das nackte, freudlose Dasein zu beobachten. Die zum Teil wirklichkeitsfremden Gesellen im schätzbaren Mantel, breiten, alten Hut, kämpfen einen Kampf, der eines wahren Helden wert ist. Zuweilen gelingt es ihnen, in bürgerlichen Berufen der Not zu trotzen, oder auch dann, wenn die materielle Sicherstellung scheinbar gewährleistet ist, hindern und lähmen die ewigen Sorgen, der ewig freudlose Alltag das geistige Schaffen. Die Tragödien, die sich hier abspielen, sind Tragödien, denen nur das Schicksal des gesamten Volkes an die Seite gestellt werden kann.

Bestern traf ich meinen Freund A., einen jungen Schriftsteller, auf der Straße. Wir kamen uns von der Hochschule her, ich erinnere mich gern der schönen erhabenen Stunden, die ich oftmals in seiner Gesellschaft verbrachte. Damals freiste er sein Leben von seinen Arbeiten und war, obwohl bedürftig, glücklich und zufrieden, seinem inneren Beruf nachzugehen zu können. Und heute? Heute arbeitet er bei einer Großbank und verdient sich in harter, vielstündiger Arbeit sein Brot. Er hungert nicht direkt, wie so viele, doch — er sprach es aus — das ewige Rechnen, die ewigen Sorgen, der ewige Alltag lähmen sein Denken, hindern seine Arbeit, er geht unher gleichgültig und mühselig. Ob es einmal anders wird, meinte er. Wer weiß? ...

Eine Tragödie von vielen, die das Geistesleben angeht, ein Kamenlofer von vielen, die dahinstehen, eine Kultur, die untergeht, weil man sie nicht stützt!

Die Welt sieht nicht diese Schicksale, sie hat mit sich selbst zu tun, ist stumpf und blind oder aber — sie hat für solche Dinge kein Interesse, wo doch viel wichtiger da sind, wie Dollarkurse, Börsenberichte und ähnliche Sachen mehr. Vor einiger Zeit erschöpfte sich in Schlesien der Redakteur eines demokratischen Blattes, weil sein Blatt von der Schwerindustrie aufgekauft wurde. Da sah die Welt auf und dachte nach. Aber es dauerte nur einen Augenblick, denn „Time is money“.

Money, Money und wieder Money! Ein System, das selbst im Materialismus unterzugehen droht, kann natürlicherweise kein Verständnis für kulturelle Rôle aufbringen. —

Kant und die heutigen Universitätsprofessoren.

Vor einigen Tagen wandte sich ein deutscher Philosoph gegen den Pazifismus, den er für falsch, ja absurd erklärte. Wie anders, meinte er, könne man eine Lehre bezeichnen, die die Forderung aufstellt, daß man keinen Feind lieben soll! Ich weiß nicht, ob dieser Mann — es ist der große Professor Eucken in Jena — auf Grund irgendwelcher metaphysischen Spekulationen zu dieser Anschauung gekommen ist oder sie auf eine andere Weise gewonnen hat. Jedenfalls bin ich überzeugt, daß er sie auf „philosophisch“ haltbare Argumente stützt. Ich denke aber an einen anderen deutschen Philosophen, der in diesem Punkte ganz anderer Meinung war. Ich meine den großen Kant, von dessen echt pazifistischer Gesinnung uns keine herrliche Schrift „Von ewigen Frieden“ ein klares Zeugnis gibt. Es heißt dort am Schluß: „Wenn es Pflicht, wenn zugleich gegründete Hoffnung da ist, den Zustand eines öffentlichen Rechts, abgesehen nur in einer ins Unendliche fortschreitenden Annäherung wirklich zu machen, so ist der ewige Frieden, der auf die bisher fälschlich so genannten Friedensschlüsse (eigentlich Waffenstillstände) folgt, keine leere Idee, sondern eine Aufgabe, die nach und nach aufgelöst, ihrem Ziele (weil die Zeiten, in denen gleiche Fortschritte geschehen, hoffentlich immer kürzer werden) beständig näher kommt.“

Vom Geiste dieser Worte ist wahrlich kein Hauch auf unsere heutigen Philosophen oder besser Philosophieprofessoren übergegangen. Sie halten es eher für ihre Pflicht, mit allen Mitteln für einen neuen Krieg einzutreten, nicht für eine Aera des ewigen Friedens, sondern des ewigen Hasses, der ewigen Feindschaft. Denn, so lehren sie, der Krieg ist notwendig, er schützt die Menschheit vor Entartung, die Kultur vor Stagnation, er ist in der menschlichen Natur begründet, nur eine Folge des Kampfes ums Dasein, ein Mittel der Natur im Prozeß der Auslese, der ewige Frieden dagegen nur ein Traum nicht ernst zu nehmender Ideologen. Und mittelbeig lächeln diese Herren über einen Kant, der von einem ewigen Frieden träumte. Denn der Geist, der auf den heutigen Universitäten herrscht, ist nicht der Geist eines Kant und Fichte, sondern eher der eines Lubendorff. Wenn heute soviel über den materiellen Verfall Deutschlands geklagt wird, so ist zu fürchten, daß der geistige noch viel größer ist (soweit er auf den Schulen und Universitäten zutage tritt).

Altjapanisches Theater.

Die durch die Erdbebengefahr bedingte Bauweise, der Einfluß des Westens und andere Gründe haben dazu geführt, daß auch die Bühne in Japan eine grundlegende Umgestaltung erfahren hat, so daß man von einem völligen Verschwinden des altjapanischen Theaters sprechen kann. Dieses historische Theater besaß eine Bühne, die sich einen Meter über dem Erdboden erhob und mit dem Zuschauerraum durch eine schmale Brücke in Verbindung stand, die über die Köpfe der Zuschauer hinweggeführt war, und über die die Schauspieler beim Auftreten und Abtreten von der Bühne gingen. Die Theaterarbeiter — Kulisien existierten nicht — bewegten sich während der Aufführung zwischen den Darstellern. Um die Brücke des

Publikums nicht auf sich zu lenken und Verwechslungen zu vermeiden, waren sie zum Unterscheid von den kostümierten Darstellern schwarz gekleidet. Sie gingen und kamen mitten in den pathetischsten Szenen, zündeten die Kerzen an einer der buntenfarbigen Laternen an, die an der Decke hingen, ordneten im gegebenen Fall eine Einzelheit der Dekoration und hatten auch die Pflicht, die Kleider des Schauspielers in Ordnung zu bringen, wenn hier in der Hitze des Gefechts ein Schaden eingetreten war. Sie halfen ferner den Schauspielern, der eine Leiche markierte, wegzutragen. Der Souffleur unterschied sich in nichts von den Theaterarbeitern. Die Reklamlätter des Regiebüchse vor der Aise, war er den Schauspielern immer auf den Hacken, um ihnen die Rolle vorzusprechen. Der Direktor der Truppe sah auf der äußersten Ecke der Bühne und bezeichnete mit Hilfe eines langen Stöckes die Bewegungen, die die Rolle von dem Schauspieler forderte. Auf den Höhepunkten des Stückes machte er Front zum Publikum und gab das Zeichen zum Beifall. Die Musikkapelle, der sich oft Chöre beigesellten, sand dort ihren Platz, wo sich in unserem Theater die Progeniumlogen befinden. Die Frauenrollen wurden von als Frauen gekleideten Schauspielern ausgeführt. Der Szenenwechsel geschah in einfachster Art. Man bediente sich als Dekoration auf beiden Seiten bemalter Leinwandflächen, die im Handumdrehen gewechselt werden konnten. Wie zu Shakespeares Zeiten bedienten sich die Darsteller zur Markierung der Handlung der primitivsten Mittel. Forderte zum Beispiel die Situation, daß sich ein Darsteller auf die See rettet, so wurde ein Tisch, der mit Nähern versehen war, auf die Bühne geschoben. Der Darsteller sprang hinein und der zum Schiff veränderte Tisch wurde von zwei Arbeitern langsam auf die Bühne gezogen. In einem beim Publikum sehr beliebten Stück gab es eine Szene, in der ein Gefangener von Haken aufgefressen wurde. Man machte das dem Publikum dadurch anschaulich, daß ein Arbeiter über dem Gesicht des Darstellers auf eine Schnur gereichte Papierlücken hin und her bewegte, Papierstücke, die die gierigen Rager verkörpern sollten.

Deutsch-russischer Gesehenaustausch. Frau Kamenev, die Frau des bekannten Sowjetführers und Schwester Trozkis, tritt in den Moskauer „Iwostija“ für einen Gesehenaustausch zwischen Russland und Deutschland ein. Das Interesse für Sowjetrußland sei in Westeuropa und besonders in Deutschland im Wachsen. Der Ueberdruck an der bisherigen Kulturform, wie ihn z. B. Spenglers vielgenanntes Buch zum Ausdruck bringe, die Hinneigung zur mystisch-beschaulichen Melancholie des Ostens, wie etwa Koberling sie propagiert, die Sehnsucht aller entwurzelten Erzgebirgen der gebildeten Schicht des verfallenden Deutschlands nach ganz neuen Gestaltungen — alles das lenke die Aufmerksamkeit auf Russland hin. Der Artikel beschäftigt sich in diesem Zusammenhang mit der Frage einer kulturellen Versöhnung zwischen West- und Osteuropa.

Im Charlottenburger Opernhaus findet die Uraufführung der neuen Oper von Reginec „Soloska“ statt. Regie hat nach Gessel, mit Michael Bohnen in der Hauptrolle am 20. Oktober statt.

Einheitliche Abwehr.

Von der Berliner Gewerkschaftskommission wird mitgeteilt:

Unter der Leitung der Berliner Gewerkschaftskommission hat im Beisein von Vertretern des Ortsvereins Berlin, des AFA-Bundes und des Berliner Ortsausschusses des Allgemeinen Deutschen Beamtens-Bundes zwischen den örtlichen Vertretern der drei Arbeiterparteien am Freitag vormittag eine eingehende Aussprache stattgefunden über die Möglichkeiten einer schnell herbeizuführenden Verständigung zum Zwecke eines gemeinsamen Vorgehens und der Ergreifung einheitlicher Abwehrmaßnahmen gegen den Vernichtungswillen der Gegner der Arbeiterklasse.

Die Aussprache zeigte das auf allen Seiten bestehende Verlangen, eine Einigung zu erreichen, die auch die Basis für eine endgültige Verständigung der Zentralen bilden könnte.

Die schriftlich und mündlich gemachten verschiedenen Vorschläge sollen die Grundlagen weiterer am Sonnabend beschleunigt fortzuführender Besprechungen bilden.

Die Kommunisten als Regierungspartei.

Dresden, 12. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Das Dresdener kommunistische „Volksblatt“, das von Sonnabend an wieder auf 14 Tage verboten ist, spricht in seiner Freitag-Ausgabe der neuen Regierung Zeigner das bedingungslose Vertrauen aus, indem es schreibt: „Die sächsische Arbeiterklasse und mit ihr das gesamte deutsche Proletariat wird jeden Angriff auf die Regierung der proletarischen Verteidigung in geschlossener Front rücksichtslos wiedererschlagen.“

Leider scheint aber die KPD. den Übergang von ihrer bisherigen ungehemmten Oppositionsstellung zur positiven Mitarbeit als Regierungspartei noch nicht ganz gefunden zu haben. Wieviel die kommunistischen Minister selbst zu lernen haben, ersieht man aus der Äußerung eines neuen Ministers Pressevertreter gegenüber: „Grannauer wird in einigen Tagen verschwinden.“ Mit dem Gesamtkabinett hat sich der neue Ministerkollektive über diese Frage sicher nicht unterhalten, denn von amtlicher Seite wird erklärt, daß die sächsische Regierung nicht daran denke, den sächsischen Beamten in Berlin, Genossen Grannauer, seines Postens zu entheben. Was verfehlt muß es auch bezeichnet werden, wenn das kommunistische Organ als Sinn des Eintritts der KPD. in die Regierung die Abstütz hinstellt, einen „Weg zur Diktatur der Roten“ zu propagieren. Ein solches Bekenntnis in einem Blatt der Regierungspartei liefert lediglich der reaktionären Presse Material zu verschärfster Hege gegen Sachsen und seine Regierung.

Die schweren Vorwürfe über Ausrüstung schwarzer Reichswehr in Leipzig, die der kommunistische Abgeordnete Steuers in der Landtags-Sitzung erhob, werden von militärischer Seite nicht als unwahr, sondern nur als „irrtümlich“ (!) bezeichnet. In Leipzig seien Neueinstellungen bei der Reichswehr erfolgt, aber im Rahmen des etatsmäßigen Mannschaftsbestandes.

Bayerischer Triumph.

München, 12. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der drohende bayerische Protest gegen die geplante Abberufung des Generals v. Lossow hat nunmehr offenbar einen vollen Erfolg zu verzeichnen. Die amtlichen Kreise Münchens lassen bereits davon unterrichtet sein, daß durch einen Schritt des Reichsfinanzministers beim Reichswehrministerium die Maßnahme gegen den General rückgängig gemacht wurden. Es kann wohl kein Zweifel darüber bestehen, daß dieser den bayerischen Machthabern ohne jede Notwendigkeit verschaffte Triumph politisch als ein schwerer Fehler bewertet werden muß. Denn so sehr man sich hier über das Aussehen der Reichsregierung befreudigt zeigt, noch mehr gefällt man sich in dem Bewußtsein der eigenen Stärke gegenüber der Autorität des Reiches. Die Regierungspresse trumpt heute bereits mit dem Satz auf: „Die Machtmittel der bayerischen Regierung sind heute bereits größer als die der Reichsregierung.“ Dieser Auffassung begegnet man auch hier in offiziellen Kreisen. U. a. ist man der Meinung, daß Bayern auch in wirtschaftlicher Beziehung heute in keiner Weise mehr von Norddeutschland und dem übrigen Reich abhängig ist, und es dürfte für einen gewissen Eventualfall nicht zweifelhaft sein, daß Bayern seinen notwendigen Aufschubbedarf an Kohlen, Getreide und Kartoffeln ebenso aus dem Ausland beziehen will wie das Reich heute angeblich tut. Auch dafür wird in der bayerischen Presse bereits die notwendige Propaganda gemacht.

Dieses Bewußtsein von der eigenen wachsenden Stärke kommt in Bayern auch darin zum Ausdruck, daß entgegen der anfangs bei der Regierung vorherrschenden Meinung das Antwortschreiben des Reichsfinanzministers über die Steuerkündigung nunmehr von der Landtagsfraktion der Bayerischen Volkspartei als absolut ungenügend verworfen wird. „Die Fraktion erhebt in einem einstimmig gefaßten Beschluß nachdrücklich mit allem Nachdruck die entschiedene Forderung nach Beseitigung dieses enteignenden und die Wirtschaft zerstörenden Steuersteuers.“ — Die bayerische Regierung wird sich also neuerdings an die Reichsregierung wenden, um im Sinne des Dr. Heim eine weitgehende Milderung der Besteuerungen zu erzwingen zu suchen.

Sisler und Rahr.

München, 12. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Durch eine Bekanntmachung der Landesleitung der „Reichsflagge“ erklärt man, daß die hinter Hitler getretenen Teile nur aus vier südbayerischen Ortsgruppen mit einer verschwindend kleinen Mitgliederzahl bestehen, während die eigentliche „Reichsflagge“ mit 103 Bezirksgruppen „in alter Treue“ hinter ihrem Führer, dem Hauptmann Heiß, steht.

Auch Belgien gegen Verhandlungen?

Paris, 12. Oktober. (E.C.) Dem „Temps“ wird aus Brüssel gemeldet, die belgische Regierung werde auf den letzten Schritt des deutschen Geschäftsträgers Dr. Koediger nicht zurückkommen, es vielmehr bei den mündlichen Mitteilungen bewenden lassen, die der Außenminister Jaspars dem deutschen Geschäftsträger gemacht habe. Dementsprechend wolle die Reichsregierung dafür sorgen, daß die Eisenbahnen im belgischen Gebiet die Tätigkeit wieder aufnehmen und besonders Garantien dafür geben, daß die Unternehmer im Ruhrgebiet für Sachleistungen vom Reich entschädigt werden. Auf den deutschen Vorschlag der Einberufung einer gemischten Kommission werde nicht geantwortet.

Spanische Blutjustiz.

Paris, 12. Oktober. (E.P.) Im Prozeß gegen die Mörder Dalos ist das Urteil gefällt worden. Die Angeklagten Nicolau und Mateu sind zum Tode verurteilt, die übrigen sechs Angeklagten wurden freigesprochen.

Beamtengehälter im Oktober. Der Haushaltsausschuß des Reichstages stimmte den Beamtengehältern für das zweite Viertel des Monats Oktober zu. Für diesen Zeitraum soll noch einmal das dreifache des bisherigen Steuerzuschlages für die zweite Oktoberwoche und am 18. Oktober für die dritte Oktoberwoche als Steuerzuschlag noch einmal das Monatsgehalt ausgezahlt werden.

Die Aufwertung der Steuern.

Die von uns angekündigten Steuermahnahmen der Reichsregierung liegen jetzt vor. Durch Notverordnung auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung erlassen, sind sie bereits mit dem gestrigen Tage in Kraft getreten und haben rückwirkende Geltung, soweit sich das aus dem § 12 hinsichtlich der Abwicklung der Vermögenssteuer und der Zwangsanleihe ergibt, vom 8. September ab. Die Begründung der Verordnung geht davon aus, daß sich die Privatwirtschaft auf wertbeständige Zahlung eingestellt hat. Aus diesem Grunde kann die öffentliche Wirtschaft auf Wertbeständigkeit bei dem Staat geschuldeten Steuerleistung nicht mehr verzichten. Diese wird in der 18 Paragraphen umfassenden Verordnung festgelegt und gleichzeitig eine Vereinfachung des Steuerapparates und seine Entlastung von solchen steuerlichen Aufgaben bestimmt, die nach der Geldentwertung keine im Verhältnis zum Aufstand stehenden Einnahmen erbringen sollen. Wir geben nachstehend die wichtigsten Bestimmungen daraus wieder:

I. Steueraufwertung.

§ 1. Zahlungen auf dem Gebiete der Reichssteuern, mit Ausnahme der Zölle und der Tabaksteuer, sowie Zahlungen auf Grund des § 2 des Gesetzes über Maßnahmen gegen die wirtschaftliche Notlage der Presse (sind nach den Vorschriften dieser Verordnung aufzuwerten; als Zahlung gelten nicht Strafen für Steuerzweckverhandlungen.

§ 2. Ist die Schuld nach dem 31. August 1923 entstanden, so ist die Zahlung auch dann nach dem Goldwert zu leisten, wenn die Steuer selbst nicht in Gold berechnet wird.

Der Goldmarkbetrag der Zahlung richtet sich nach dem Zeitpunkt der Entstehung der Schuld.

Der Reichsminister der Finanzen bestimmt das Wertverhältnis, zu dem Zahlungen, die in deutschem Währungsgeld berechnet sind, in Gold umzurechnen sind (Goldumrechnungssatz).

§ 3. Als Zeitpunkt der Entstehung der Schuld im Sinne dieser Verordnung gilt bei Steuerzahlungen, bei denen die Höhe der Schuld nach Zeitabschnitten bemessen wird, das Ende jedes einzelnen Zeitabschnitts.

Der Reichsminister der Finanzen kann nähere Bestimmungen über den Zeitpunkt der Entstehung der Schuld treffen. Er kann dabei auch von der Vorschrift des Abs. 1 abweichen.

§ 4. Wird eine Zahlung, bei der die Schuld nach dem 31. August 1923 entstanden ist, nicht rechtzeitig errichtet, so sind die gemäß § 104 der Reichsabgabenordnung zu zahlenden Zinsen von dem Goldmarkbeträge zu berechnen.

§ 5. bestimmt, daß die Zahlungen nach Goldwert in Banknoten, Reichsmark- oder Darlehenskassenscheinen deutscher Währung zu entrichten sind. Dem Reichsfinanzminister bleibt es überlassen, Fristen zu bestimmen, von denen ab die Goldmarkaufwertung beginnt. Er kann auch unter bestimmten Bedingungen Zahlung in in- oder ausländischen Goldwerten gestatten oder verlangen.

§ 6. Sind beim Inkrafttreten dieser Verordnung Zahlungen, bei denen die Schuld nach dem 31. Dezember 1922, aber vor dem 1. September 1923 entstanden ist, noch zu bewirken, so gilt als der Betrag, der gemäß dieser Verordnung nach dem Goldwert zu zahlen ist, ein Vielfaches der ursprünglichen Zahlung, und zwar

das Hundertfache bei Entstehung der Schuld in der Zeit vom Januar bis Mai 1923, das Dreißigfache bei Entstehung der Schuld im Juni 1923, das Zehnfache bei Entstehung der Schuld im Juli 1923.

Ist die Schuld im August 1923 entstanden, so wird die Zahlung auf den 1. September 1923 mit ihrem einfachen Betrage angelegt. Stichtag für die Berechnung des Goldmarkbetrages ist in den Fällen der Abs. 1, 2 der 1. September 1923.

§ 7. Im Falle der Stundung und des Zahlungsaufschubs sind, sofern die Schuld nach dem 31. Dezember 1922 entstanden ist, jährlich fünf Prozent Zinsen vom Goldmarkbeträge der Zahlung zu entrichten. Die für die Stundung oder des Zahlungsaufschubs zuständige Stelle kann nach näherer Anordnung des Reichsministers der Finanzen zur Vermeidung unbilliger Härten bestimmen, daß von der Aufwertung oder Verzinsung ganz oder teilweise abgesehen wird.

§ 8. Erstattungen und Vergütungen auf Grund von Zahlungen, die nach dem 31. August 1923 geleistet worden sind, sind nach dem Goldwert zu bewirken. Die Rückzahlung erfolgt in geeigneten Zahlungsmitteln. Stichtag für die Berechnung des Goldmarkbetrages ist im Falle der Erstattung der Tag der Zahlung, im Falle der Vergütung der Tag der Entstehung des Vergütungsanspruchs und, soweit die Höhe der Steuerhuld nach Zeitabschnitten bemessen wird, das Ende des Zeitabschnitts, in dem die Zahlung

geleistet worden oder der Vergütungsanspruch entstanden ist.

§ 9 ändert die entgegenstehenden Bestimmungen früherer Steuer-gesetze ab.

II. Aufwertung bei Steuernachforderungen und Steuer-geldstrafen.

§ 10. Der Reichsminister der Finanzen wird ermächtigt, für Nachforderungen von Steuern, bei denen die Schuld vor dem 1. September 1923 entstanden ist, eine Aufwertung des Steuerbetrages unter Berücksichtigung der seit der Entstehung der Steuer-schuld eingetretenen Geldentwertung vorzuschreiben.

§ 11. Besteht bei Steuerzweckverhandlungen die angedrohte Strafe in dem Mehrfachen, Einfachen oder dem Bruchteil eines bestimmten Betrages und wird die Steuer nicht selbst nach dem Goldwert berechnet, so ist für die Bemessung der Strafe der nach den Vorschriften des Abschnittes I berechnete Goldmarkbetrag maßgebend.

III. Abwicklung der Vermögenssteuern und der Zwangs-anleihen.

§ 12. Veranlagung und Erhebung der Vermögenssteuer für das Kalenderjahr 1923 werden eingestellt. Die gegen die Veranlagung zur Vermögenssteuer eingelegten Rechtsmittel gelten als erledigt; Kosten bleiben außer Anfall.

Zeichnungen auf Zwangsanleihe können nicht mehr vorgenommen werden. Die Verpflichtung zur Brotverforgungsabgabe bleibt unberührt. Die gegen die Veranlagung zur Zwangsanleihe eingelegten Rechtsmittel sind hinsichtlich der Vermögensgegenstände fortzusetzen, die der Brotverforgungsabgabe unterliegen, einen Bescheid über die Zwangsanleihe noch nicht erhalten haben, wird ihnen ein Bescheid über die Brotverforgungsabgabe erteilt. Ist ein Bescheid über die Zwangsanleihe erteilt, aber beim Inkrafttreten dieser Verordnung noch nicht unanfechtbar, so können Rechtsmittel hinsichtlich der Gegenstände, die der Brotverforgungsabgabe unterliegen, innerhalb der vorgeschriebenen Frist auch noch nach dem Inkrafttreten dieser Verordnung eingelegt werden.

IV. Vereinfachungen im Besteuerungsverfahren.

Nach § 13 kann der Reichsminister der Finanzen Rechtsstreitigkeiten niederlegen, wenn es sich um Geldbeträge handelt, die nicht von vornherein auf wertbeständiger Grundlage errechnet werden und der Wert des Streitobjekts unter einer gewissen Grenze bleibt. Ueber die Abwicklung von Steuern sollen noch besondere Bestimmungen getroffen werden.

Der § 14 ändert die Reichsabgabenordnung u. a. derart ab, daß die Zustellung des Steuerbescheides vereinfacht werden kann, und daß die Festsetzung und Erstattung der Steuern unberührt bleibt, wenn der Betrag unter einer Mindestgrenze bleibt.

§ 15 schreibt vor, daß die neue Art der Steuererhebung auch für die von den Reichsfinanzbehörden erhobenen Abgaben der Länder usw. Geltung erhalten. Die Regierungen der Länder werden dementsprechend ermächtigt, die gleichartige Anwendung dieser Verordnung auf Landes- und Gemeindesteuern anzuordnen.

In den Uebergangsvorschriften des § 17 wird der Reichsminister der Finanzen ermächtigt, die Bestimmungen zu treffen, die für die Umstellung der Steuerzahlung und Steuerückzahlung nach Papiermark auf die Steuerzahlung und Steuerückzahlung nach Goldmark erforderlich sind.

Der Uebergang zur wertbeständigen Steuerzahlung.

Die Verordnung des Reichspräsidenten über die Steuer-aufwertung vom 11. Oktober 1923, durch die die wertbeständige Zahlung der Steuern angeordnet ist, wird durch Durchführungsbestimmungen ergänzt werden, deren Veröffentlichung unmittelbar bevorsteht, und die die Grundlage für die praktische Handhabung der Vorschriften durch die Finanzämter und die Steuerpflichtigen geben sollen.

Um den reibungslosen Uebergang zu der neuen Regelung sicherzustellen, ist bestimmt worden, daß Steuerzahlungen bis zum Inkrafttreten der Durchführungsbestimmungen noch in Papiermark nach den bisher geltenden Vorschriften und mit den in ihnen vorgesehenen Nachteilen im Falle verspäteter Leistung zu entrichten sind. Danach gilt bis zum Inkrafttreten dieser Durchführungsbestimmungen z. B. für die erhöhten Vorauszahlungen auf die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und für die Rhein- und Ruhrabgabe die schon bisher vorgeschriebene Aufwertung, dagegen noch für die Umsatzsteuer der Zuschlag in Höhe des Vierfachen bei Nichtzahlung innerhalb der Zahlungsfrist.

Ernährungsfragen im Landtag.

Auf der Tagesordnung steht die gemeinsame Beratung einer großen Zahl von Anträgen und Großen Anfragen, die insbesondere zum Gegenstand haben die Schwierigkeiten der Ernährungs-lage, die Arbeitsbeschaffung für die Erwerbs-lösen, Maßnahmen gegen den Hunger, die Notlage der unter-reichen Familien, die Unterstützung des gewerblichen Mittelstandes, die Verhütung von Plünderungen und die Erlassung der Sachverste.

Abg. Jacoby-Rassau (S.) begründet den Antrag betreffs Mehrererzeugung von Sticksaff im Inlande zur wirksamen Steigerung der Getreideerzeugung.

Abg. Menzel-Stettin (Dnat.) begründet den Antrag seiner Partei betreffs Erhaltung und Unterstützung des gewerblichen Mittelstandes.

Abg. Schlang-Schöningen (Dnat.) begründet den Antrag seiner Partei, wonach sofort Maßnahmen getroffen werden sollen zur Sicherung der durch den Zusammenbruch unserer Währung aufs schwerste gefährdeten Volksernährung. Redner weist die gegen die Landwirtschaft erhobenen Angriffe zurück und beruft sich u. a. darauf, daß die Landwirtschaft beinahe 4000 Waggons Lebensmittel umsonst ins Ruhrgebiet geliefert habe.

Die meisten Landwirte sind heute verarmte Papiermilliardäre.

(Lachen links.) Der erste Erfolg einer Regierung unter unserer Leitung würde die Wiederehre des Vertrauens der ganzen Land-wirtschaft sein. (Beifall rechts.)

Landwirtschaftsminister Dr. Wendorf:

Ich glaube ja, daß die Herren besser vorbereitet sind als beim Rapp-Putsch. (Lachen rechts.) Das Mißtrauen, das der Vorredner der Reichspost und der preussischen Regierung ausgesprochen hat, werden wir zu tragen wissen. Die brennendste Frage ist die Versorgung der Bevölkerung mit Nah-rungsmitteln. Der Ausfall der Getreideernte gibt die Gewähr, daß wir wenigstens über die nächsten Monate beruhigt sein dürfen.

Die Brotgetreideernte wird auf 7,72 Millionen Tonnen ge-schätzt, also 46,9 Proz. mehr als im Vorjahr.

Bei den Kartoffeln wird immerhin mit einer guten Mittelernte zu rechnen sein. Für Breunen wird das Er-gelbnis auf 20 Millionen Tonnen geschätzt, so daß, selbst wenn man den Verbrauch der Bevölkerung auf 10 bis 12 Millionen berechnet, die Ernährung gesichert ist. Im Oktober erfolgt eine Verzögerung der Speisefaktoren beim Bahnversand. Die Ernährungsfrage ist

über in weitem Umfang eine Währungsfrage. Auf die Dauer kann der Landwirt sein Getreide gegen entwertetes Geld nicht abgeben, denn er legt sein Produkt nur einmal im Jahre um. Der Verbrauch der Landwirtschaft an Kunstdünger ist ganz erheb-lich zurückgegangen. Wenn es den Herren von der Rechten so sehr daran liegt, der Währungsfrage ein Ende zu machen, warum haben dann ihre Freunde im Reichstag gestern die Annahme des Notgesetzes verhindert?

Abg. Frau Gessle (Komm.) fordert die Erfassung der Sachwerte sowie die Kontrolle der Produktion durch die Arbeiter, wozu bewaffnete proletarische Hilfstruppen gebildet werden müßten.

Abg. Dr. Bredt (Wirtschaftspartei) begründet die Große An-frage seiner Partei über die Verordnungen, welche die Gemeinden zur Versorgung der Bevölkerung mit bestimmten Gegenständen unter Ausschluß von Handel und Gewerbe ermächtigen.

Auf die Große Anfrage der Abgg. Dr. Kaufhold und Ge-nossen (Dnat.) wegen der Plünderungen und Brandstiftungen auf dem Lande erwidert ein Regierungsvertreter, daß gegen die Schuldigen eingeschritten und bereits eine Anzahl von ihnen ab-geurteilt sei. Die Regierung werde mit allen polizeilichen Machtmitteln das platte Land schützen, es dürfe aber nicht gestattet werden, daß private Organisationen den Schutz des flachen Landes übernehmen.

Nachdem Abg. Blank (S.) einen Antrag auf Schutz des Hand-werks und Mittelstandes begründet hat, folgt die Besprechung sämtlicher Anträge und Anfragen.

Abg. Buchholz (Soz.) tritt für die Erwerbslosen ein. Den schamlosen Sabotagemahnahmen des profitwütigen Groß-kapitals müsse entgegengetreten werden. Wenn auch das Staats-gebäude in allen Fugen trache, so müsse doch dem hungrigen Volk zu Hilfe gekommen werden. Viele, die auf dem Lande gepönbelt hätten, seien nur vom Hunger hinausgetrieben worden. (Unruhe rechts.) Die Landwirte hätten seit 1914 goldene Tage gehabt. Die heutige Not des Volkes sei ein Werk der Rechten nahestehenden Kreise. (Stürmischer Widerspruch rechts.)

Weiterberatung Sonnabend 11 Uhr.

Vertagung des Landtages bis 27. November.

Der Vorkomitee des Landtages beschloß, daß der Landtag sich von Sonnabend, den 30. Oktober, bis zum 27. November vertagen soll. Widerspruch erhoben die Kommunisten und die Deutsch-nationalen. Von deutsch-nationaler Seite wurde darauf hingewiesen, daß das Parlament sich in der gegen-wärtigen Zeit nicht ausschalten dürfe, und daß es nicht gehe, die Opposition auf so lange Zeit hin mundtot zu machen.

Gewerkschaftsbewegung

Arbeiter, Angestellte und Beamte Berlins!

Nach Hinweis auf die an anderer Stelle veröffentlichte Mitteilung, nach der ernstliche Verhandlungen zwischen den Vertretern der Arbeiterparteien begonnen haben, erwarten wir von allen Mitgliedern der freien Gewerkschaften, gleichviel welcher politischen Richtung sie angehören, daß sie die in diesen Tagen stattfindenden gewerkschaftlichen Versammlungen freihalten von allen parteipolitischen Auseinandersetzungen, da diese die einseitigen Verhandlungen stören könnten.

Gewerkschaftskommission Berlin und Umgegend: Sabath, Allgemeiner freier Angestelltenbund, Ortskartell Berlin: Flatau, Wenzow, Allgemeiner Deutscher Beamtenbund, Ortsauschuß Groß-Berlin, Köpke.

Streik bei der Meierei C. Vosse.

Seit Anfang September ist es der Arbeiterchaft bei dieser Firma nicht möglich gewesen, den durch direkte Verhandlung vereinbarten, sowie durch den Schlichtungsausschuß festgesetzten Lohn zu erhalten. Vorschläge in ganz ungenügender Höhe wurden gemacht, welche zum Teil nicht die Hälfte ausmachten, was in anderen Betrieben gezahlt wurde. Alle Bemühungen der Vertreter der Arbeiterchaft, zu einem endgültigen Lohnabstufung zu kommen, und der Arbeiterchaft einigermaßen Geldmittel in die Hand zu geben, scheiterten an dem Widerstand der Geschäftsleitung, des Professors Behrhaun und Direktors Hognann.

Angesichts der augenblicklichen enormen Leerung und angesichts der Tatsache, daß seit September noch Lohnrückstände zu verrechnen sind, forderien die Arbeiter am gestrigen Tage die Zahlung einer Summe von 5 Millionen. Dies lehnten die Herren der Geschäftsleitung rundweg ab und ließen sich auch auf irgendwelche Verhandlung nicht ein.

Hierauf ließ die Arbeiterchaft die Arbeit ruhen, blieb aber im Betrieb. Die Geschäftsleitung ließ die Schupo herbeirufen, um den Betrieb räumen zu lassen. Der Betriebsrat ließ es hierzu nicht kommen, sondern sorgte dafür, daß die Arbeiter in Ruhe den Betrieb verlassen.

Die von ihrer Tour zurückkehrenden Kutscher und Mitfahrer werden sich mit ihrem im Kampf getriebenen Kollegen und Kollegen solidarisch erklären. Hiermit dürfte der Streik in der Meierei C. Vosse allgemein sein. Zu bemerken ist noch, daß die kaufmännischen Angestellten mit denselben Schwierigkeiten zu kämpfen hatten und demzufolge ebenfalls die Arbeit niedertlegten. Verhandlungen sind im Gange.

Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im Textilgewerbe.

Die Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit hat nach dem Septemberbericht des Deutschen Textilarbeiterverbandes im Textilgewerbe gegenüber dem Monat August eine starke Zunahme erfahren. Von der Septemberberichterstattung wurden 645 800 oder 92,8 Proz. Verbandsmitglieder erfaßt. Davon waren 46 195 oder 7,2 Proz. (im August 4,6 Proz.) überhaupt arbeitslos. Verküht haben gearbeitet 584 759 oder 99,7 Proz. (im August 46,2 Proz.). Die Zahl der Arbeitslosen und Kurzarbeiter beträgt 480 954 oder 66,8 Proz. gegenüber 60,7 Proz. im August. Die Arbeitslosen- und Kurzarbeiterziffer ist gegenüber dem Monat August im September um 16,1 Proz. gestiegen.

Die Geschäftsaufträge in der Textilindustrie sind äußerst ungenügend. Der Innenmarkt ist durch die rasende Geldentwertung völlig vernichtet. Der Export geht von Tag zu Tag weiter zurück. Die Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit nimmt deshalb in immer größerem Maße zu.

Millionen von Menschen, Kindern, Männern und Frauen, insbesondere der Invaliden, Sozialrentnern und Erwerbslosen fehlt es an der nötigen Unterlebung für den Winter, an Hemden, Strümpfen usw., ganz abgesehen von der Oberlebung. Die Textilarbeiter und -arbeiterinnen aber müssen feiern, weil die Bevölkerung kein Geld hat, das Notwendige zu kaufen. Das ist der „Segen“ der privatkapitalistischen Wirtschaftsweise.

Lohnregelung in der Metallindustrie.

Für die Zeit vom 8. bis 14. Oktober wurden die Tariflöhne zwischen dem Verband Berliner Metallindustrieller und dem Deutschen Metallarbeiterverband geregelt. Der Stundenlohn beträgt 136 Millionen. Die Ausgabenzulage in der 1. Klasse beträgt 22 Millionen die Stunde, die Kinderzulage 3 Millionen. Am Montag, den 15., bzw. Dienstag, den 16. Oktober wird das fünfte des am Montag, den 8. Oktober, bzw. Dienstag, den 9. Oktober gezahlten Vorschusses ein schließlich des am Freitag, den 12., bzw. am Sonnabend, den 13. Oktober gezahlten Vorschusses gezahlt. Nähere Angaben über die weiteren Löhne, Akkordlöhne und Familienzulagen usw. sind in den Tarifverträgen ersichtlich. Diese sind ab Sonnabend, den 13. Oktober, von 12 Uhr an im Zimmer 20, von 4 bis 7 Uhr im Zimmer 3 des Verbandshauses, Simeistr. 83/84, käuflich, erhältlich.

Zur Kritik in der Zentralarbeitsgemeinschaft.

Die BS-Korrespondenz verbreitet die Nachricht, daß der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund sich mit der Frage beschäftigt habe, ob ein Verbleiben der freien Gewerkschaften in dieser Körperschaft weiterhin möglich oder erziehbildend sei, und beschloßen hätte, seinerseits in der Zentralarbeitsgemeinschaft zu bleiben. Damit sei eine Abweichung der Auffassungen zwischen dem ADGB. und dem ihm angeschlossenen (1) AFD-Bund, sowie einigen anderen Unterverbänden (2) entstanden.

Richtig ist an dieser Nachricht nur, daß, wie wir bereits mitgeteilt haben, der ADGB. gemeinsam mit dem AFD-Bund zur Frage des Verbleibens in der Zentralarbeitsgemeinschaft Stellung nimmt. Eine Beschlussfassung ist jedoch noch nicht erfolgt.

Gegen die Reaktion.

Am Montag, den 8. Oktober, fand eine gemeinsame Versammlung der AFD-Funktionäre der chemischen Industrie und der Mitglieder des Zentralverbandes der Angestellten, Fachgruppe Chemie, in den „Müller-Festhallen“ statt, in der nach einem Referat des Kollegen Wille vom Zentralverband der Angestellten über Arbeitszeitverlängerungen, Betriebsstörungen und Achtfundentag folgende Resolution einstimmig angenommen wurde:

Die politische und wirtschaftliche Situation gestaltet sich für die deutsche Arbeiterschaft immer schwieriger. Alle Bestrebungen der Gewerkschaften, die darauf hinauslaufen, die suchtbare Lage der Arbeiter und Angestellten zu erleichtern, werden von den Unternehmern und ihren Helfern mit allen Mitteln bekämpft und nach jeder Richtung hin sabotiert. Viele Errungenschaften auf sozialpolitischem Gebiete sind bereits verloren gegangen. Aber nicht genug damit, die Arbeitgeber glauben nunmehr, ihre Zeit sei gekommen, reinen Tisch zu machen, um auch die letzten Ueberreste eines Arbeitsrechtes zu beseitigen. Das Kapital will nicht nur mitregieren, sondern es will unumschränkt herrschen. Einen Hauptangriffspunkt bildet seit längerer Zeit der Achtfundentag. Schon von jeher war er dem reaktionären Arbeitgeberum ein Dorn im Auge. Mit Recht hat der AFD-Bund wiederholt darauf hingewiesen, daß an dem Achtfundentag nicht gerüttelt werden darf. Er sieht sich stark in dem Bewußtsein, die gesamte Angestelltenchaft, ganz gleich welcher Richtung, in dieser Frage hinter sich zu haben. Das habgierige Ausbeuterum wird sich nicht aufgeben. Die Arbeiter- und Angestelltenchaft wird sich wie ein Mann erheben und ihre Rechte bis zum äußersten verteidigen. Der Kampf scheint unvermeidlich.

In dieser Situation verlangen wir von den freien Gewerkschaften und den Arbeiterparteien tatkräftige Führung und restlose Einigung aller Mittel zur Erhaltung der uns noch verbliebenen Errungenschaften, und darüber hinaus zu deren weiteren Ausbau.

Wir verlangen, daß die Arbeiterparteien sich die Forderungen der freien Gewerkschaften bezüglich der Finanzreform und Erlassung der Sachverhalte zu eigen machen und sie restlos durchsetzen.

Da es sich gezeigt hat, daß die erlassenen Verordnungen für die Sicherheit der Republik in Wirklichkeit nur gegen die organisierte Arbeiterschaft und ihre Bestrebungen in der Praxis auswirken, so verlangen wir die sofortige Aufhebung des Ausnahmezustandes.

An unsere Abonnenten!

Durch den ungeheuerlichen Sturz der Mark und den damit ins Unabsehbare steigenden Preisen für Papier, Druck usw. — das kilo Druckpapier kostet nach dem Dollarkurs am Donnerstag allein rund 340 Millionen Mark — sind wir gezwungen, um das Erscheinen des „Vorwärts“ zu sichern, den Bezugspreis für die Woche vom 14.—20. Oktober auf 350 Millionen Mark festzusetzen.

Da alle Zahlungen von uns im voraus geleistet werden müssen, bitten wir, uns die Arbeit nach Möglichkeit zu erleichtern und schon beim erstmaligen Vorlegen der Quittung den Bezugspreis zu entrichten.

Verlag des „Vorwärts“.

Arbeitslosigkeit der Lithographen.

In einer Mitgliedsversammlung des Verbandes der Lithographen und Steindrucker referierte Genosse Dr. Cassau über „Die Arbeitslosigkeit und die Reunart“. Der Vortragende gab zunächst ein Bild der deutschen Wirtschaftslage und des Währungsverfalls. Nach einem historischen Ueberblick erklärte er die mit der Einführung der Reunart beabsichtigte Reform und Sanierung unserer Geldwirtschaft.

Hoffmann schilderte dann die Arbeitslosigkeit im Gewerbe. Von 4000 Verbandsmitgliedern sind über 600 ohne Arbeit, für die in der gegenwärtigen Wirtschaftslage nicht die geringste Aussicht besteht, wieder in Lohn und Brot zu kommen. Einstimmig wurde beschlossen, zur Unterstützung der Arbeitslosen wöchentlich einen Stundenlohn an die Organisation abzuführen. Die Versammlung stimmte ferner einem Vorschlag des Ortsverbandes zu, das Verhandlungsorgan in Zukunft nur in Postabonnement zu liefern. Die rückständigen Beiträge sollen „wertbeständig“ zu dem jeweils gültigen Wochenbeitrag entrichtet werden.

Lohnregelung im Buchdruckgewerbe.

Die Lohnkommission legte für die Woche vom 6. bis 12. Oktober eine Nachzahlung von 2 Milliarden in der Spitze fest, so daß ein Spitzenlohn von 93% Millionen pro Stunde erzielt wurde. Für Berlin wurde diese Vereinbarung wie folgt formuliert:

Den Prinzipalen des Kreises VIII wird empfohlen, über die am Dienstag, den 16. Oktober, zu zahlenden 2 Milliarden hinaus 1 Milliarde als Vorschuß auf die am Freitag fälligen 6 Milliarden in der Spitze zu bezahlen, soweit es die wirtschaftliche Lage der Betriebe irgend zuläßt. Es werden also 3 Milliarden am Dienstag, den 16., und 3 Milliarden am Freitag, den 19. Oktober, zahlbar sein. Die endgültige Lohnfestsetzung für die Woche vom 13. bis 19. Oktober erfolgt am Donnerstag, den 18. Oktober. Auf die hier festzusetzende endgültige Lohnhöhe gilt die Freitagzahlung als Vorschuß, die Bezahlung erfolgt spätestens Dienstag, den 23. Oktober 1923.

Bei den Verhandlungen über die Bergarbeiterlöhne wurden für den Steintohlenbergbau des unbedeutenden Gebietes und der Nahe Zuschläge von 210 Proz. vereinbart. Die Verhandlungen über die Löhne im Braunkohlenbergbau dauern noch an. Das Reichskabinett hat sich heute mit der Frage der Kohlensteuer beschäftigt. Wie der „Deutsche Handelsdienst“ berichtet, ist das Reichsfinanzministerium im Prinzip zu einer Ermäßigung der Steuer bereit, sofern dadurch eine Ermäßigung der Preise und eine neue Anregung für die Belebung der Produktion im allgemeinen zu erwarten ist. Der Reichstohlenrat beschloß sich in einer gestern nachmittag stattgefundenen Sitzung mit der Kohlenpreisfrage, man erwartet eine offizielle Aeußerung der zuständigen Regierungsstellen zur Frage der Kohlensteuer.

Für die kaufmännischen Angestellten im Buchhandel hat der Demobilmachungskommission den Schlußspruch für verbindlich erklärt. Eine weitere Notiz folgt.

Für die kaufmännischen Angestellten im Kolonialwarenhandel ist mit dem Arbeitgeberverband im Kolonialwarenhandel vereinbart worden, daß für die zweite Oktoberwoche drei Septembergehälter gezahlt werden.

Für die kaufmännischen Angestellten der Karbonnagenbranche werden auf Anweisung des Arbeitgeberverbandes für die zweite Oktoberwoche zwei Septembergehälter gezahlt.

Köpfung, Ofenseher! Bei den gestrigen Verhandlungen wurde der Tarif von 1914 bis zum 15. November verlängert. Die Löhne für die Zeit vom 23. bis 29. September betragen 27 700 000 M. pro Stunde, für die Zeit vom 30. September bis 6. Oktober 39 Millionen und vom 7. bis 13. Oktober 110 Millionen Mark pro Stunde. Die Löhne der Hilfsarbeiter in den bekannten Altersklassen betragen 25, 33%, 45 und 55 Proz. Träger erhalten den Gefellensstundenlohn.

Der Mindestwochenlohn für Maurerpolierer, Zimmerpolierer und Betonpolierer beträgt vom 6. bis 12. Oktober 5 515 Millionen Mark. Da vorher höhere Löhne gezahlt wurden, erhöhen sich dieselben um 182,0 Proz. Der Mindestwochenlohn für Schachtmeister beträgt 5 495 Millionen Mark.

Betriebsräte im Aufsichtsrat.

Dienstag, den 16. Oktober, ebenfalls 6 Uhr, beginnt im Sitzungssaal der freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale (Engelstr. 24/25, 2. Hof 1) ein Sonderkongress für Betriebsräte im Aufsichtsrat. Es können sich alle Kollegen beteiligen, die Vorkenntnisse der Buchhaltung und des Bilanzwesens besitzen. Im Auktus sollen Fragen besprochen werden, die sich aus der Teilnahme von Betriebsräten an Aufsichtsratsberatungen ergeben, insbesondere: Das Aufsichtsratsrecht, die auf den Aufsichtsrat bezüglichen Bestimmungen des Handelsgesetzbuches, Beispiele aus der Praxis. — Anmeldeungen zur Teilnahme werden im Auktus selbst entgegengenommen.

Freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale.

Wahltag! Eisenbahner! Montag, den 15. Oktober, findet im Gewerkschaftshaus eine Sitzung aller im Deutschen Eisenbahnerverband organisierten Funktionäre der DGBD. statt. In Anbetracht der gegenwärtigen Situation sind sämtliche Mitglieder des erweiterten Betriebsausschusses verpflichtet, reiflich zu entscheiden. Der Verbandsauschuß der DGBD-Eisenbahner.

Abd. Lehmann-Gewerkschaft (ADG). Sonnabend um 7 Uhr wichtige Sitzung im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 25. Tagesordnung: 1. Die gewerkschaftliche Lage. 2. Die freie Schlichtungsbühne.

Für die kaufmännischen Angestellten im Einzelhandel ist eine Schlichtungsregelung in Aussicht genommen. Über die am Montag, ebenfalls 7 Uhr, in der in den Sophienhöfen, Engelstr. 17/18, stattfindenden Versammlung Bericht erstattet wird.

Wirtschaft

Das Versagen der Warenverteilung.

Die katastrophale Entwertung der Mark hat zu Krisenzuständen am Warenmarkt geführt, die einen Zusammenbruch der Warenverteilung befürchten lassen. Produzenten und Großhandel rechnen in Goldmark, zu einem großen Teil wird auch in Goldmark, d. h. in Devisen oder in wertbeständigen Reichsanleihen bezahlt. Der Kleinhandel aber erhält als Gegenwert der gelieferten Ware nur Papiermark. Es kommt hinzu, daß die Kaufkraft der Bevölkerung an Tagen, wo sich die Warenpreise plötzlich verdoppeln, derart zusammenschrumpft, daß die geforderten Preise nicht gezahlt werden können. In jedem Falle muß der Kleinhandel bemüht sein, Ware heranzuschaffen und er kann das nicht, wenn die Betriebsmittel dazu fehlen, sei es, daß seine Einkaufspreise zu sehr gestiegen sind, sei es, daß der Warenabsatz plötzlich sinkt und schon infolgedessen nicht genug Geld vorhanden ist, um neue Ware einzukaufen.

Dieses Bild ergibt sich fast überall, wo der Kleinhandel arbeitet, also auch in unseren Genossenschaften, deren Warenverteilung ja in der Technik der Durchführung sich von dem kapitalistischen Betrieb nicht unterscheidet, aber grundsätzlich genossenschaftlich, also ohne Streben nach Profit, eingestellt ist. Ja, man kann sagen, daß die Genossenschaften unter dieser Krise noch mehr leiden als der profitwirtschaftlich eingestellte Kleinhandel. Wenn man nämlich gewohnt ist, regelmäßig erhebliche Uebererschüsse in den Warenpreis einzufaktulieren, so ergibt sich immerhin die Möglichkeit, mit Hilfe dieser Uebererschüsse Reserven für schlechte Zeiten aufzustapeln, besonders wenn derartige Uebererschüsse wertbeständig angelegt wurden. Fraglos hat ein nicht unbeträchtlicher Teil des Kleinhandels auf diese Weise seine Vermögenssubstanz zu schützen gesucht. Wer aber, wie die Genossenschaften, bewußt auf den kapitalistischen Profit verzichtet, kann solche Reserven nicht schaffen, und sie müssen in der Zeit einer Bedrängnis, wie jetzt, fehlen.

Die große Mehrzahl der Warenverleiher außerhalb des Großhandels steht nun schon seit Monaten unter dem unerhörten Druck der Geldentwertung und der Tatsache, daß die wirtschaftlich stärkeren Lieferanten, Großhandel und Produzenten das Risiko des Marksturzes auf sie abwälzen suchen. Natürlich verfolgen die Kleinhändler ihrerseits das gleiche Prinzip und versuchen, sich am Verbraucher schadlos zu halten. Das gelingt ihnen aber nicht immer, einmal weil die Kaufkraft der breiten Massen hinter dem Steigen der Warenpreise weit zurückgeblieben ist. Der Umsatz schrumpft auf diese Weise zusammen. Dann aber ist es auch dem routiniertesten Kleinhändler nicht möglich, sich mit der im Fieberland der Mark gebotenen Geschwindigkeit den Schwankungen des Geldwertes anzupassen. Wollte er dem stündlich schwankenden Dollarkurs folgen, so müßte er eine Risikoprämie nehmen, die er willkürlich hoch bemessen darf. Das aber würde zu einer Ueberverteilung des Verbrauchers führen, der die Wucherpreise nicht unendlich zusehen kann. In der Regel wird er also seine Ware billiger verkaufen müssen, als der Wiederbeschaffungspreis ist.

Das wäre an sich unter Umständen kein Schaden. Auch vor dem Kriege war der kleinste Teil des Kleinhandels Eigentümer des Bagers, aus dem er verkaufte. Er erhielt Kredite von Banken und Lieferanten. Heute dagegen funktioniert dieses Kredit-system nicht mehr. Auf der Papiermark lassen sich Kredite nicht mehr aufbauen. Die Herstellung eines wertbeständigen Kreditverkehrs aber befindet sich erst in den Anfängen. Zwischen der Unfähigkeit, die notwendigen Betriebsmittel, sei es aus dem Warenpreise, sei es auf dem Kreditwege, zu erhalten und dem Goldpreisbikar der Produzenten, dem keine Goldkaufkraft der Verbraucher gegenübersteht, droht so die Warenverteilung wie zwischen zwei Mühlsteinen zerquetscht zu werden.

Dieses Sterben des Kleinhandels ist in diesen Branchen schon seit langem im Gange. Der Zigarettenhändler, der heute Goldmarkpreise nimmt, aber täglich kaum noch für einige Goldmark Waren verkauft, ist ein weit verbreiteter Typus dieser aussterbenden Gattung des Kleinhandels. In der Textilbranche hat man schon vor Monaten beobachten können, wie viele kleine Geschäfte ihren Betrieb aufgaben, die Einrichtung verkauften und nun nicht mehr neue Waren anschafften, sondern den Erlös ihrer letzten Verkäufe in Effekten anlegten und so ein mühseliges Dasein weiterführten. Die Effektenhändler, die nun seit Jahr und Tag mit wenigen Unterbrechungen anhält, hat so eine ganze Menge von Ergützen über Wasser halten helfen, die sonst längst die Reihen der Erwerbslosen verstärkt würden. Ähnlich geht es jetzt auch im Lebensmittelhandel. Das Geschäft schrumpft immer mehr zusammen, weil niemand mehr einzukaufen vermag, angesichts der schwindelhaft hohen Preise und des gewaltigen Entwertungsrisikos. Die Warenmengen, welche auf den einzelnen Warenverleiher entfallen, werden immer geringer, die Profitaufschläge entsprechend größer. Aber all das kann den Verfall und den gänzlichen Ruin der Warenverteilung nicht aufhalten. Es ist eben undenkbar, daß ein Teil der Wirtschaft, und gerade der mächtigste, in Gold rechnet und sich darauf verläßt, daß der schwächere Teil, Handel und Verbraucher, das Risiko der Geldentwertung trägt, das dem heutigen gesellschaftlichen Zahlungsmittel anhaftet. Wenn der Warenmarkt noch weiter auf so unsicheren Füßen steht, so muß er in kürzester Frist vollkommen versagen. Es gibt daraus nur einen einzigen Ausweg, und das ist die Schaffung eines wertbeständigen Zahlungsmittels. Nachdem es bis jetzt nicht möglich gewesen ist, das Projekt der Währungsbank, das ja auch viele Bedenken ausgelöst hat, durchzuführen, sollte man bei der weiteren Behandlung der Währungsfrage im Auge behalten, daß nur rascheste Hilfe überhaupt noch wirksam werden kann. Die Vorschläge zur Gründung einer Goldnotenbank, die neuerdings wieder, besonders von demokratischer Seite, auftauchen, verdienen unter diesem Gesichtspunkt Beachtung, ebenso wie die damit zusammenhängenden Anregungen, die Goldanleihe des Deutschen Reiches vorübergehend als gesellschaftliches Zahlungsmittel zuzulassen und zu diesem Zwecke sie in kleinere Münzstücke zu stücken. In jedem Falle muß sofort von der Währungsseite her in den Warenmarkt eingegriffen werden, wenn nicht die Lebensmittelversorgung auf das schwerste leiden soll.

Briefkasten der Redaktion.

H. C. Kildes. Die Frage ist heftig. Nach unserer Auffassung ja. Sollte eine Verhandlung nicht möglich sein, so muß das Gericht entscheiden. — 625. Ja, wegen Stundung müßten Sie sich an das zuständige Finanzamt wenden. Die Chronos hat nicht für die Schulen des Mannes.

Verantwortlich für Politik: Graf Reuter; Wirtschaft: Viktor Estermann; Gewerkschaftsbewegung: J. Götze; Redaktion: Dr. John Schikowski; Politik und Geschichte: Fritz Kahlert; Buchdruck: Ed. Ode; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Carl Singer u. Co., Berlin S. O., Lindenstraße 2, Streifen 1, Beilage.

Prenden/Biesenthal.

Die Fernzüge der Stettiner Bahn bringen uns nach Rüd n i h. (Sonntagsrückfahrkarte Biesenthal.) In kurzer Wanderung haben wir das Dorf erreicht. Vom Bahnhof sehen wir im Südosten den Eichenstein der Berliner Fischereianstalt über den Wald emporragen; sie wurde 1908 hierher verlegt. An der Kirche von Rüd n i h verläßt man die Straße in nordwestlicher Richtung zum Dorf hinaus. Nicht am Dorf schlängelt sich das Rüd n i h i e r v o r ü b e r; es ist ein Quellbach der alten Finow. Hier liegen in einer Entfernung von nur 2 1/2 Kilometer die Quellen dieses Fließes und der Panke. Aber während die Panke ihre Wasser nach Süden zur Spreewald und somit zur Nordsee schickt, fließt die Wasser des Rüd n i h i e r Fließes und der Finow nach Norden, dann innerhalb des alten Oberwälder Tales östlich zur Ober und so zur Ostsee. Die Wasserstraße, die die Stromgebiete der Nordsee und der Ostsee hier trennt, zieht nur wenig südlich von Rüd n i h v o r ü b e r. Wir kommen an der Bodellamingschen Kolonie Hoffnungstal vorbei in den Wald. Jenseits der zweiten Straßeneigung liegt rechts der Wechelsee mit den Kolonien Labetal und Gnadenal. Wir wandern zum See hinunter und kommen auf dem Ostufer zur Straße von Ladeburg, der wir durch schönen Wald in nördlicher Richtung zum Heßsee und zur Heßmühle folgen. Der Weg führt um den von prächtigen Buchenbeständen Höhen umkränzten Heßsee, der zu den schönsten Seen der Mark Brandenburg gehört, nach Panke. Der Name des Ortes ist wohl aus dem Slawischen lanka = Biese herzuholen. Panke, Schloß und Herrschaft, ist im Besitz der Stadt Berlin. Die Stadt kann stolz auf dieses Gebiet sein, das sie sich als eigen erworben hat. Kaum finden sich in der näheren Umgebung Berlins so ausgedehnte prächtige Radel- und Buchenwälder, so liebliche stille Seen, eingebettet in waldige Täler, wie hier.

Auf dem Nordufer des in den Heßsee mündenden Fließes wandern wir zum Obersee, einem kleinen See, auf dessen Ufern sich die Seerosen wagen. Kurz vor dem Ende des Sees zweigt der Weg rechts ab und führt in nordwestlicher, später nördlicher Richtung nach Prenden. Das Dorf liegt auf einer Landschaft zwischen dem Bauersee im Norden und dem Strechelsee im Süden; beide Seen sind durch ein Fließ miteinander verbunden. In Prenden lebte und starb der aus der Zeit des Großen Kurfürsten bekannte Feldmarschall v. Sparr, von dessen Spul- und Joubertgeschichten viele Erzählungen hier umgehen. Die Kirche hat einen hohen Fachwerkturm, der teilweise mit Holz verkleidet ist. Auf dem Biesenthaler Weg verlassen wir den Ort; durch hügeliges Gelände geht es in den Wald. Am Jagenstein D 108, 109 führt nach links der Weg auf der Grenze der Kreise Nieder- (links) und Oberbarnim (rechts) über den 80 Meter hohen Mühlberg zum Kleinen Wuldensee. Wir wandern um die Nordspitze des Sees herum, dann in östlicher Richtung zum Großen Wuldensee.

Auf dem Südufer des Sees kommen wir zur Chaussee, und auf dieser, am Krümmen Puhl und am Kesselsee vorbei zur Stadt Biesenthal. Vor der Stadt überschreiten wir die Finow, die sich zu einem stautischen Fließ entwickelt hat. Mehrere Flöße, die die Niederungen und Seen im Süden der Stadt entwässern, vereinigen sich hier zur Finow. Nördlich liegt der Schloßberg mit einigen Resten der früheren Burg und einem 1907 errichteten Aussichtsturm. Weiter nach Norden, inmitten der Finowniederung erhebt sich der Reierberg, ein vorgeschichtlicher Burgwall. Vom Markt führt die Königstraße zum Städtchen hinaus. Durch die Kolonie Biesenthal kommen wir zum Bahnhof, von dem wir die Heimfahrt antreten. (Weglänge etwa 25 Kilometer.)

Die Wirkungen der Preiskatastrophe.

Zu einem Zusammenstoß mit der Polizei kam es gestern vormittag in der Luramstraße, wo einem plötzlich auftauchenden Zuge von etwa 500 Erwerbslosen sieben Beamte der Schutzpolizei entgegentraten. Die Beamten wurden tätlich angegriffen und machten in der Notwehr von ihren Selbstwehren Gebrauch. Zwei Personen wurden festgenommen. Im Laufe des gestrigen Tages ist es an mehreren Stellen Berlins zu Zusammenrottungen gekommen. Gegen 12 Uhr mittags sammelten sich vor dem Neuen Rathaus in Schönberg auf dem Rudolf-Wilde-Platz, wo Wochenmarkt abgehalten wurde, etwa 1000 Personen, die in das Rathaus einströmten, um vom Bürgermeister die Herabsetzung der Lebensmittelpreise zu erzwängen. Beamte des 172. und 173. Polizeiregiments sowie der zweiten Bereitschaft Schönberg gingen gegen die Menge vor und zerstreuten sie ohne besondere Zwischenfälle. — Ein weiterer Fall ereignete sich gegen 10 1/2 Uhr vormittags auf dem Güterbahnhof Steglitz. Hier fanden sich etwa 800 Personen ein, allem Anschein nach Arbeitslose,

Das Verbrechen der Elise Geitler.

16] Novelle von Hermann Kesser. Über eines sagte Elise noch in einer späten Abendstunde dem Mädchen, da sie ihr schon an dem himbeerfarbigen Seidenkleidchen die Haken und Knöpfchen schloß und das Blondhaar am freien Hals zu einem Knoten wand: wie sie dem Manne, der das getan, nie vergeben könne, wie sie ihn heute noch hasse und ihn immer, wenn sich im Laufe der Jahreszeiten mit den Blättern der alten Bäume am Fluß jene Frühlingstage erneuten, vieltausendmal einen friedlosen Tod gewünscht habe. So scharfe Worte hatte sie, doch lächelte sie, als sich das Mädchen unter ihren Händen furchtlos nach ihr umwandte, und meinte, dies sei so gewesen und geschehe nicht mehr. Als Gertrud schon über den Sieg schritt, rief sie Elise noch zu: „Nach elf Uhr komme ich aus dem Theater nach Hause,“ winkte auch einen Gruß mit dem langen Handschuh und schürzte das Kleid und den Mantel. Die Alte stand lange regungslos zwischen den blühenden Beeten. Dann schaute sie ringsum und sah, nahm in der Laube ein scharfes Gartenmesser aus der Tischschublade und schnitt damit in die Rosenstöcke hinein, um Luft für die knospenden Triebe zu schaffen, die fast erstarrten unter den wilden Zweigen. Von der Höhe des Dorfes herab erklang der trübende Jubel von Dämmen Kinderstimmen. Elise erkannte sich, daß sich seit gestern am Brunnen beim alten Wirtshaus ein Mädchen erhob. Sie schnitt solange an den Rosen herum, bis die Abendsonne durch gelben Dunst schräg auf den Garten fiel und langsam am Hügel verblühte. Als die Bauernmagd fortgegangen war, zündete sie eine Laterne an und sah in allen Stuben nach, ob sie an diesem nachdenklichen Tag nichts in Unordnung gelassen habe. Sie fand aber nichts vor, setzte sich endlich mit einem zufriedenen Gesicht und behaglich verknüpften Armen auf einen Röhrenstuhl und meinte für sich, wie doch ihr Lebensunglück für etwas gut sei, weil die Erinnerung davon wie ein Schild um das Mädchen, die Gertrud sein würde. So glaubte sie, und hatte das junge Blut mit ihrem Schicksalsbericht nur reif und mündig gesprochen.

Es war ein romantisches Märchen, in dem Theo Behrens die männliche Hauptrolle hatte, ein Lebensdrama in Schauer-

die einen mit Kartoffeln beladenen Wagen umstellten, um ihn zu plündern. Auch hier konnte die Schutzpolizei eingreifen und die Ansammlung auflösen. — Die mehrfachen Gerichte über Plünderungen von Lebensmitteln in Groß-Berlin sind, wie wir von zuständiger Seite erfahren, völlig haltlos; ebenso kann von einer Alarmbereitschaft der Schutzpolizei keine Rede sein.

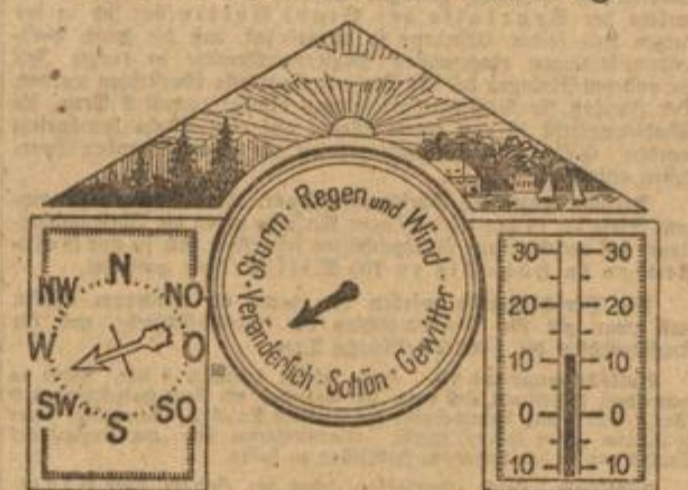
Ist der „Vorwärts“ zu teuer?

In der allgemeinen Not ist es begreiflich, daß jede Preissteigerung gerade in den Haushaltungen unseres Vaterlandes besonders peinlich empfunden wird. Und mehr als einmal hören wir, daß der „Vorwärts“ zu teuer wäre. Manche unserer alten Genossen glauben auch, es sei möglich, bei täglich nur einmaligem Erscheinen den „Vorwärts“ billiger liefern zu können. Das ist ein verzeihlicher, aber trotzdem erheblicher Irrtum. Unsere Parteiblätter im Reich erscheinen durchweg nur einmal täglich. Aber bei einem Vergleich mit ihnen stellen wir fest, daß der „Vorwärts“ immer noch sehr billig geliefert wird. Er kostete bei zweimonatlicher Ausgabe in der letzten Woche 42 Millionen frei ins Haus. Dagegen kostete das Parteiblatt in:

Table with 2 columns: City and Cost in Millions. Cities listed: Chemnitz, Dresden, Leipzig, München, Magdeburg, Brandenburg.

Ganz ähnlich werden sich die Verhältnisse in der nächsten Woche gestalten, wenn die infolge der ungeheuren Markterwertung notwendigen neuen Preise festgesetzt sind. Die Magdeburger

Wetteraussichten für Sonntag.



Zu Beginn der Woche gingen in ganz Deutschland zahlreiche im allgemeinen geringe Regenfälle hernieder und die Temperaturen, die am Montag mittag noch meist 12 bis 15 Grad erreicht hatten, begannen am Abend dieses Tages bei rascher Aufheisterung zu sinken, an vielen Orten bis auf 5 Grad Celsius. Bald aber führten lebhaft Südwestwinde wärmere Luftmassen herbei. Die Winde drohten sich allmählich nach Westen und nahmen dabei an Stärke beträchtlich zu. Gleichzeitig setzten neue wolkereiche, vielfach ergiebige Regenfälle ein. Am Mittwoch wuchsen die Westwinde an der Nord- und Ostseeküste zum Sturm an und die Regenfälle wiederholten sich namentlich im Norden. In der Nacht gingen zwischen dem Niederrhein und der mittleren Oder ungewöhnlich starke Regenfälle hernieder. Aachen meldete 20, Dresden 46 Millimeter. Auch am Donnerstag kamen wieder Regenfälle vor, die an der mittleren Ostseeküste von Gewittern begleitet waren. Der Freitagvormittag hatte in Norddeutschland überwiegend heiteres Wetter, doch setzten mittags bereits wieder Regenfälle ein. Dieses wechselvolle, vielfach regnerische Wetter war für die Hackfruchtarten nicht eben förderlich. Der unbeständige Witterungscharakter wurde durch verschiedene aufeinanderfolgende, im Norden ostwärts wandernde Tiefdruckgebiete hervorgerufen, deren südliche Ausläufer über Deutschland hinwegzogen. Auch am Sonnabend wird sich das Wetter nur wenig ändern, während es sich am Sonntag bei allmählicher Abkühlung etwas freundlicher gestalten dürfte.

„Volkstimme“ kündigt schon jetzt einen Bezugspreis von 125 Millionen für die nächste Woche an bei einmaligen Erscheinen. Kein geschäftlich gesehen, war der „Vorwärts“ schon in der laufenden Woche viel zu billig. Die „Rote Fahne“ hatte zum Beispiel bei ebenfalls einmaliger Ausgabe einen Wochenbezugspreis von 50 Millionen festgesetzt, während der „Vorwärts“ nur 42 Millionen kostete. Eine solche Niedrighaltung der Preise muß aber auf die Dauer verheerend auch für das selbsteste Parteiuunternehmen wirken. Zieht man noch in Betracht, daß kein das den Lesern des „Vorwärts“ in der kommenden Woche gelieferte Papier, nach dem Durchschnittsumfang berechnet, rund 150 Millionen kosten wird, ohne jede Berechnung für Druck, Expedition, Korrespondenzen, Mitarbeiterhonorare, Telefon- und Depeschentkosten, sowie ohne Berücksichtigung der allgemeinen geschäftlichen Unkosten, dann wird jeder unserer Leser einsehen, daß auch der neue Preis für die kommende Woche nicht einmal ausreicht, um auch nur notdürftig den Betrieb in seinem bisherigen Umfang aufrechtzuerhalten.

Die Genossen werden angesichts dieser Launen mit erneuertem Eifer an die Werbung neuer Leser gehen und sich nicht irre machen lassen durch die allgemeine Verbitterung, die aus dem Elend der allgemeinen Wirtschaftslage resultiert.

Mordprozess Mischke.

Das Gutachten der Sachverständigen.

In dem weiteren Verlaufe des Mordprozesses Mischke konnte die Zeugenerklärung wesentlich abgeklärt werden, da nach dem Befandnis des Angeklagten der „Sachverständigen“ keine Rolle mehr spielt. Die Kriminalkommissare Bänger und Galzow beauftragten, daß durch die Anzeige der Frau Mischke über das Verschwinden des Jungen die Sache erst ins Rollen gekommen sei. Mischke habe sich wiederholt in Widersprüche verwickelt und schließlich erzählt, das eigene Kind habe ihn zu einem Doppelselbstmord überredet. Erst als man Mischke drohte, daß man die Leiche ausgraben würde, um festzustellen, ob dem Jungen Gift beigebracht worden sei, legte der unheimliche Vater ein Geständnis ab, das er später allerdings widerrief. Auf die Frage des Rechtsanwalts Dr. Brandt, ob nach den drückenden Feststellungen ein Doppelsebstmord des Vaters und des Sohnes ausgeschlossen gewesen wäre, erklärte der Zeuge Galzow, daß eine gewisse Möglichkeit hierzu nicht ausgeschlossen sei. Nachdem noch die Angehörigen des Angeklagten vernommen worden waren, erstattete Sanitätsrat Dr. Juliusburger sein Gutachten. Die Tat ist so absehbar, erklärte der Sachverständige, daß man sich zur Ehre der Menschheit die Frage vorlegen hat, ob ein Mensch, der solchen Verbrechen fähig ist, ob ein Vater, der seinen Sohn ermordet, geistig zurechnungsfähig sei. Aber nach eingehender Prüfung muß man zu dem Ergebnis kommen, daß keine Anhaltspunkte für eine geistige Störung vorliegen. Die Tat ist im Dämmerzustand oder unter Wahnvorstellungen verübt worden. Der Sachverständige hält es für ausgeschlossen, daß das Kind, das allgemein als harmlos und quimlig geschilbert wird, dem Vater den Selbstmordgedanken eingebläht haben könnte. Der Angeklagte sei auch nicht so mittellos gewesen, als er es vor Gericht zu schildern versuchte. Der einzige Grund sei, daß der Junge dem Vater bei dessen erotischen und verbrecherischen Neigungen im Wege gewesen sei. Mischke sei ein abnormer Mensch mit hochgradigen Gefühlsdefekten, aber eine Geistesstörung im Sinne des § 51 liege nicht vor. Die Tat müsse mit voller Ueberlegung ausgeführt worden sein. Auch Sanitätsrat Dr. Thiels schloß sich mit einigen Einschränkungen dem Gutachten an. Er stellt bei dem Angeklagten allerdings erbliche Belastung und starke alkoholische Beeinträchtigung sowie moralische und geistige Defekte fest. Die Verhandlung wird dann vertagt. Das Urteil wird im Laufe des heutigen Tages erfolgen.

Ein Billioneneinbruch ist in der vorletzten Nacht bei einem Mitgliede des Schweizer roten Kreuzes in Wonnsee verübt worden. Die Eindrehen haben wohl beobachtet, daß abends in der Villa eine kleine Gesellschaft war und daraus geredmet, daß nach dieser alle Bewohner fest schlafen würden. Sie drückten an einem Küchenfenster eine Scheibe ein, verschafften sich so Einlass und stahlen für 2 Billionen Silberzeug und für eben so viel Sachen, die das rote Kreuz für wohltätige Zwecke in der Villa aufbewahrt, darunter 170 Stück Wäsche für eine mobiltätige Weihnachtsabteilung. Auf die Ergreifung der Eindrehen und die Wiederbeschaffung der Beute ist eine Belohnung von 100 Dollar ausgesetzt.

Gertrud war nicht mehr imstande, der Handlung zu folgen. Was da gesprochen wurde und vor sich ging, kam wie fernes Reden und in verschwommenen Bildern zu ihr.

Sie fächelte sich, sie sah mit dem Opernglas nach der Bühne, sie faltete den Theaterzettel auseinander und wieder zusammen und wußte nicht, was sie tat, was sie hörte und erblickte, und hatte nur den einen Gedanken und Zweifel, ob er sie wirklich erwarten und wieder in Demut und Barmherzigkeit vor ihr hinstellen würde oder ob er nicht alles vergäbe, bei Freunden und Frauen, die ihn vielleicht hinter der Bühne umdrängten, um ihn wegzuholen, zu einem Festmahl in einem Saale mit Kerzenthischen und Blumen. So lange er auf der Szene war, hatte er nicht ein einziges Mal nach ihrer Loge gesehen und hätte es doch unmerklich tun können. Aber vielleicht ahnte er gar nicht, daß sie gekommen war.

Witten in diese Ungewissheit fiel, ohne daß sie sich dessen verfas, ein Dröhnen und Klatschen und allgemeines Aufstehen. Eine alte Logenschleherin trat herein und hing ihr den hellen Abendmantel um die Schultern. Sie ging an gleichmütigen Menschen vorbei über gewundene Treppen, sah sich dann im hellen Licht der gestaffelten Vorhalle, trat, ohne in ein Gesicht zu sehen, durch die Polsterkissen eines Seiteneinganges ins Freie und stand einen Augenblick wie überflüssig auf der nachlässigen Straße. Es war trocken und warm wie in Sommernächten.

Drüben auf dem Platz mit den Kandelabern und dem Königsdenkmal fuhren die Wagen auf. Ein Aufseher hob, als er die junge Dame sah, fragend und zusehend die Hand. Gertrud eilte, ohne ihm eine Antwort zu geben, mit ängstlichen Füßen über die Straße, bog stützend und heiß vor Furcht und Erwartung in eine schmale Gasse und lief herzkloppend zwischen den dunklen Häusern dahin.

Der Schauspieler, der, eine Zigarette rauchend, mit einigen Kollegen am Bühneneingang gestanden und die Straße immer im Auge gehabt hatte, löste sich, als er die Figur des Mädchens in der Tiefe des engen Gasseneinganges verschwinden sah, mit absichtlicher und erster Wichtigkeit los. Die Kameraden tuschelten, als er sich so stürmisch empfahl, ihrer zwei gingen auch neugierig ein paar Schritte über das Pflaster weg und gewahrten nach, wie er einer Dame in einem lichten Umhang mit langen Schritten nachfolgte und sich mit einem tiefen Grusse an ihre Seite begab. Und die Schauspieler fanden, daß er Glück habe, der Theo Behrens, und blickten ihm neidisch nach. (Fortsetzung folgt.)

zenen, wie es heute nur mehr die Kinematographentheater in zappelnden Photographien bringen, wobei jeder Spieler in Gesten redet und stumm sein muß. Aber zu jener Zeit, da in Gertrud von Sohr aus dem Kinde ein Weib wurde, genoss man diese grellfarbigen Bilderbogen auf allen Bühnen, und wenn gar einer darin wie ein Loredor, ein Aktist, ein Feiler oder ein Herrgott seiner Leidenschaft redete, dann schwemmte in allen Sphären die Rührung auf, und wenn einer wie ein Opfernänger starb, in geschwollener Seelengröße und in langen Tiraden, wo alle Hergensworte in falsche Musik und bengalisches Licht getaucht waren, dann schluchzten die Theaterdamen wie bei einem Begräbnis. Und so war es auch an jenem verhängnisvollen Abend, da man Theo Behrens am Ende des dritten Aktes in der Bühnengestalt eines toterwundeten Hauptmanns auf das väterliche Adelschloß trug, das er vor dem Schrecken räuberischer Kriegshorden bewahrt, obgleich er es bereits im Zwist mit den edlen Eltern verlassen hatte, um Zirkusreiter zu werden — um einer Liebe willen.

Gertrud sah ihn aufstehen und hörte bald sein Heimwehged an die Freiheit, sah ihn in seinem männlichen Trost und im Feuerwert seiner Liebe, sah ihn aus seinem Abenteuer erwachen und zum Degen greifen und sah ihn in seinem roten Reiterrock verblühen und verschwinden, in einem Monolog, seit von heidnischem Grobmut, bei Fackellicht im nächtlichen Schloßgarten, umstanden von den ergriffenen Eltern, die er gerechtfertigt — wie er rächelte — „ausbezahlt“ hatte. Sie hörte nur ihn und schaute nur ihn, wie er alles nach seinem Willen bewegte und immer wie ein Sieger die Worte warf, so daß die anderen klein und erdarmlich neben ihm standen, wie die Niedertracht und die Schwächlichkeit selbst, die er mit feiner Faust in Stücke schlug; und sie kralte ihre Nägel in den Saum der Logenbrüstung und füllte sich mit der Blut, die aus ihm strömte, und wurde trunken, als er sich mit dem Dichter, einem schon grauhaarigen dicken Herrn, Hand in Hand verbeugte.

Der Beifall sank rasch zusammen, eine Pause begann, sie hörte seinen Namen von links und von rechts, bald gleichgültig, bald tabelnd, bald mit Wohlwollen, und sie vergrub sich in den Theaterzettel und sah nicht auf. Noch ein Akt stand ihr bevor, ein Akt, in dem er nicht mehr spielte.

Nach endlosen Minuten hob sich wieder der Vorhang, und es schloß sich, wie zur Verführung der Zuschauer, ein Nachspiel an, ein Sonnenbild auf das Adoll eines spielenden Kindes und einer erinnerungsfähigen Witwe.

